

Besuchsbedingungen und Anzeigensätze sind in der Zeitungsausgabe angesetzt. Redaktion: SW. 68, Cindenerstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 129. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 8 1/2 bis 8 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindenerstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Weltwirtschaft und Zollpolitik.

Genosse Silberding rechnet mit dem Rechtsblock ab.

In der gemeinsamen Sitzung des Auswärtigen, des Handelspolitischen und des Volkswirtschaftlichen Ausschusses des Reichstages am Donnerstag wurde die Aussprache über die Genfer Weltwirtschaftskonferenz zunächst durch zwei Berichte der deutschen Sachverständigen fortgesetzt. Minister a. D. Dr. Hermes referierte über die Agrarprobleme, während der Vertreter der Arbeiterschaft, Genosse Eggert vom ADGB, die Auffassungen der Arbeiterfachverständigen wiedergab. Die Sozialdemokratie hat in dieser Sitzung zum erstenmal offiziell zu den Ergebnissen der Genfer Weltwirtschaftskonferenz Stellung genommen.

Als erster Diskussionsredner sprach Genosse Dr. Silberding. Der Zusammentritt der Weltwirtschaftskonferenz sei von der Sozialdemokratie begrüßt worden, er sei ein Beweis für die internationale Verflechtung der nationalen Wirtschaftskräfte der einzelnen Staaten, die ein Organ zur Regelung der internationalen Beziehungen erforderlich macht. Es sei bedauerlich, daß die Interessen der Arbeiterschaft auf der Konferenz zu schwach vertreten worden seien; die Zahl der Arbeitervertreter war viel zu gering.

Insbesondere treffe die deutsche Reichsregierung der Vorwurf, bei der Zusammenkunft der deutschen Delegation gegen das Prinzip der Parität verstoßen zu haben.

Von den Ergebnissen der Konferenz könne man im allgemeinen befriedigt sein. In der Kartellfrage aber habe man eine zu große Zurückhaltung geübt. Wenn es auch richtig ist, daß eine internationale Kontrolle der Kartelle eine nationale Kontrolle voraussetze, so habe sie die Konferenz noch nicht einmal dazu aufzuwachen können, eine solche nationale Kartellgesetzgebung zu empfehlen. Die Entschließung über die Landwirtschaft zeige einen erfreulichen Fortschritt durch die Anerkennung, daß auch hier die Befehle der internationalen Arbeitsteilung gelten. Auch den Beschlüssen über die Notwendigkeit der genossenschaftlichen Organisation der Landwirtschaft, die direkte Verbindung der landwirtschaft-

lichen und der städtischen Genossenschaften und über das landwirtschaftliche Bildungswesen sei zuzustimmen.

Die Hauptbedeutung der Konferenz aber liege in ihren Beschlüssen zur Zollpolitik. Die Reichsregierung habe ihnen zwar ausdrücklich zugestimmt, aber man müsse das für eine nutzlose Geste halten, wenn maßgebende Regierungsorgane die Genfer Beschlüsse unwiderprochen als „Genfer Beschluß“ bezeichnen dürfen. In diesem Zweifel trage auch behaupte die praktische Haltung der Reichsregierung zu den schwebenden Fragen der Zoll- und Handelspolitik wesentlich bei. Wenn der Minister Schiele den Beschlüssen des Kabinetts ausdrücklich zugestimmt hat, trotzdem er öffentlich stets das Gegenteil davon vertritt, dann hat er das sicherlich in dem Gedanken getan:

Reden ist Silber — Schweigen ist Zollerhöhung!

Die Taten der Reichsregierung stehen also in schärfstem Widerspruch zu ihren Worten. Die Frage der Zollerhöhungen wird geprüft, die Zollerhöhungen aber durchgeführt.

Daher verlangt der sozialdemokratische Antrag, daß von jeder Erhöhung von Zollsätzen abgesehen und eine allgemeine Ermäßigung der deutschen Zollsätze gemäß dem Beschluß der Weltwirtschaftskonferenz vorgehen wird. Deutschland wird aus seinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht herauskommen, wenn nicht der Anfang mit der Beseitigung des handelspolitischen Betrübens gemacht wird.

Uebertriebene Schutzpolitik ist nicht nur die Politik der anderen, sondern auch die Deutschlands.

Die wirtschaftlichen Gegensätze haben immer die Gefahr politischer Konflikte hervorgerufen. Dem müsse vorgebeugt werden. Wenn auch in Genf nicht alles gesagt und beschlossen worden sei, was in dieser Beziehung notwendig ist, so sei doch das Beschllossene geeignet, die weltwirtschaftlichen Schwierigkeiten abzumildern.

Die Rede Silberdings bildete die Grundlage für die weitere Diskussion, an der sich Vertreter fast aller Parteien beteiligten.

Kein Handelsvertrag mit Frankreich.

Die Fortführung der Verhandlungen.

Zwischen Deutschland und Frankreich läuft das letzte noch geltende Handelsprotokoll heute ab. Von morgen, den 1. Juli, an gelten im gegenseitigen Handelsverkehr die höchsten Zollsätze. Diese Zustand ähnelt einem Wirtschaftskrieg, ist aber aus zwei Gründen nicht ganz als ein solcher zu bewerten. Einmal bleibt das sogenannte Saarabkommen in Kraft, das den Güterauswuchs des jetzt unter französischer Oberhoheit stehenden Saargebietes mit dem deutschen Mutterlande regelt. Zum anderen aber erfolgt nicht ein Abbruch der Verhandlungen, vielmehr erklärten beide Delegationen in ihrem heute morgen veröffentlichten Kommuniqué übereinstimmend, daß man den vertragslosen Zustand nur deshalb eintreten lasse, weil ein vorläufiges Abkommen doch nicht mehr die ständige Zustimmung der Parlamente finden würde, und weil an sofort in Verhandlungen „auf breiterer Basis“ eintreten würde.

Wenn somit nicht von einer ausgesprochenen Handelsfeindschaft zwischen Deutschland und Frankreich die Rede sein kann, so bleibt der gegenwärtige Zustand doch überaus charakteristisch für das fortgesetzte Versagen der deutschen Handelspolitik, die es entgegen allen Zusagen und Versprechungen nicht dahin gebracht hat, an nur mit den wichtigsten unserer Abnehmerstaaten Handelsverträge abzuschließen. Die fortgesetzten Querstreifen der Elchagravieren gegen die deutsche Handelspolitik haben in den „wundlichen“ Bruch mit Frankreich eine neue Frucht getragen, nachdem wir schon seit Jahr und Tag mit Polen im Handelskrieg stehen und nachdem die Wirtschaftsverhandlungen mit Kanada erfolglos geblieben sind. Für die gesamte Exportindustrie ergibt sich jedenfalls aus dem vertragslosen Zustand mit Frankreich ein Rechtsunsicherheits, die zu einer Beeinträchtigung der Warenausfuhr führen muß. Denn niemand weiß, ob sich die Hoffnungen auf den baldigen Abschluß eines neuen Wirtschaftsabkommens auch wirklich erfüllen werden, und wann das der Fall sein wird.

Jedenfalls zeigt bereits auf beiden Seiten die Bestrebungen ein, die egoistischen Wünsche einiger Interessengruppen gegen die Staatsinteressen beider Länder auszuspielen. In Frankreich rührt sich insbesondere der Weinbau, um größere Zessionen zu erreichen, weil er seine Erzeugnisse nach Deutschland ausführen will. Gegen diesen Wunsch wehren sich die deutschen Winzer, die seit Jahr und Tag mit der Not der Winzer eines wesentlichen Teils ihrer politischen Demagogie befrachten, und die auch den Gartenbau politisch vor ihren Karren spannen. Rechtsgerichtete Zeitungen, wie der „Tag“ und die „Deutsche Tageszeitung“, stellen denn auch schon heute die technischen Gründe, die zum vorläufigen Abbruch der Handelsverhandlungen geführt haben, als minder wesentlich hin. Der „Tag“ fordert von den Franzosen den Minimaltarif für sämtliche deutschen Waren während sich das Agrarierorgan darauf beschränkt, das schäblich selbstverständliche auszusprechen, nämlich, daß die sachlichen Gründe für den Abbruch oder die Ablehnung eines Handelsvertrages maßgebend sein müssen. Das ist scheinbar selbstverständlich und doch wiederum. Für eine freihändlerische Handels-

politik liegen diese sachlichen Gründe darin, daß es gelingen muß, möglichst auf lange Frist zwischen zwei Staaten enge Handelsbeziehungen zu erreichen. Das aber lehnen gerade die Agrarier unter Führung des Herrn Schiele grundsätzlich ab. Für sie besteht die sachliche Handelspolitik darin, die Einfuhr fremder Waren abzuwehren, auch dann, wenn Deutschland damit seine eigene Warenausfuhr und damit seinen Arbeitsmarkt schädigt. Daher ist die Kritik der Rechtsprelle dahin auszugehen, daß man schon jetzt bei der Ankündigung neuer Verhandlungen deutsche Zugeständnisse auf dem Gebiete des Gartenbaues, der Wein-, Getreide- und Fleischzufuhr um jeden Preis verhindern möchte. Gegen diese Bestrebungen, die auf eine Sabotage einer deutsch-französischen Wirtschaftsverständigung hinauslaufen, muß die Arbeiterschaft auf das schärfste protestieren. Dem Reichswirtschaftsminister aber muß man es überlassen, wie er die Spannung mit Frankreich und die Spannung innerhalb seines Kabinetts in dieser Frage überbrücken wird. Er trägt vor dem Volke dafür die Verantwortung, daß seine wohlgeleiteten Reden über die Notwendigkeit des internationalen Warenaustausches endlich einmal praktische handelspolitische Erfolge zeitigen. Mit den Wechseln auf einen Freihandel in der Zukunft wird er jedenfalls nicht über den Mißerfolg hinwegtäuschen können, der bisher den Verhandlungen mit Frankreich beschieden war, und der die katastrophalsten Folgen zeitigen muß, wenn der vertragslose Zustand nicht bald überwunden wird.

Vertagung der französisch-belgischen Wirtschaftsverhandlungen.

Paris, 30. Juni. (W.T.B.) Nach einer vom „Petit Journal“ verbreiteten Meldung aus Brüssel sind wegen der Wendung in den deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen die belgisch-französischen Wirtschaftsverhandlungen vertagt worden. Wahrscheinlich würden sie nicht vor Ablauf mehrerer Monate wieder aufgenommen werden.

Die Sowjetleute müssen aus China heraus!

24 Stunden-Ausweisung. — Vormarsch der Südmaree.

Shanghai, 30. Juni. (W.T.B.) Ein Funkpruch aus Hankou besagt, daß auf das Ultimatum Tschangtschais und Fenchungtschais alle Angehörigen der Sowjetunion, soweit sie nicht beim sowjetrussischen Konsul beschäftigt sind, das Land innerhalb 24 Stunden verlassen werden. Die Abreise Borodins, des sowjetrussischen Betreters der Hankauregierung, wurde für gestern abend erwartet.

Weitere Nachrichten melden, daß General Feng die Truppen Tschangtschais an der Bahnlinie Peking-Hankou zurückgeworfen hat. Zu gleicher Zeit marschiert General Tschang an der Bahnlinie Tientsin-Pukau entlang auf Peking.

Hiernach ist die vorgestrige Meldung von einer schweren Niederlage des Südens unbefristet geblieben. Es hat sich wohl nur um eine Schlappe gehandelt, die auf dem Wege nach Europa ausgekauft wurde.

Menschen, nicht Maßnahmen!

Zur Frage: Junglehrer und Lehrerjungung.

Dreißigtausend junge Lehrer stehen vor den Toren unserer Schule und warten auf Einlaß. Arbeitslos — Schicksal unserer Zeit — sagt die Regierung des Bürgerblocks, sagen die „schulfreundlichen“ Rechtsparteien in Reich und Land. Arbeitslosigkeit überall, warum nicht auch hier? Ist es wirklich so? Und muß es so sein?

Dreißigtausend ältere, dreißigtausend überalterte Lehrer versperrten den jungen den Weg. Sie sind Beamte, sie haben ihre wohlverdienten Rechte — schön. Man kann sie nicht entlassen, um ihren jungen Kollegen die Stelle freizumachen. Aber der „Arbeitsmarkt“ auf dem Gebiete der Schule fällt ja nicht unter die kapitalistische Regel von Angebot und Nachfrage. Eine Senkung der Klassenfrequenz, eine Verlängerung der Schulpflicht um ein Jahr schafft Raum für Tausende und fördert zugleich Erziehung und Heranbildung der Jugend der breiten Massen unseres Volkes.

Nein, das Problem der Junglehrernot unserer Tage ist kein Problem der Arbeitslosigkeit schlechthin, kein Problem der wirtschaftlichen Depression, sondern eine Frage der Schulpolitik, eine Frage kulturellen Fortschrittwillens.

Es ist kein Geheimnis, daß ein großer Teil des jungen Lehrergeschlechts, der mit lebenden Augen durch Krieg und Revolution gewandert ist, sich mit vollem Herzen zu den Idealen der neuen Zeit bekann, bereit ist, die Jugend im Geiste der Völkerverständigung und sozialem Gerechtigkeitsgefühl zu erziehen. Und es ist ebenfowenig ein Geheimnis, daß 99 Proz. der alten und überalterten Lehrer in der Tretmühle des Berufs zu Schulbeamten geworden sind, denen jede innere und äußere Beziehung zu den großen kulturellen und sozialen Bewegungen unserer Zeit fehlt. Es ist mehr als ein Symptom, daß die Stadt Berlin in ihrem diesjährigen Haushalt eine besondere Summe einstellen mußte für Kurse, in denen die Lehrerschaft in Wesen und Entwicklung der Arbeiterbewegung und in die Grundlagen des Marxismus eingeführt werden soll, weil kein anderes der Fortbildungsinstitute der Lehrerschaft sich bisher dieser Aufgabe angenommen hat.

Hier liegt der Schlüssel für die ausgesprochene Junglehrerfeindschaft aller Rechtsparteien, die durch die wohlwollendsten Worte nicht bemäntelt werden kann. Hier liegt der Schlüssel dafür, daß Genosse Sollmann erst unlängst den Parteien des Bürgerblocks im Reichstag zurufen mußte: „Obwohl Ihnen das furchtbare Elend der Junglehrer und die furchtbare Zukunft unserer Schule genau bekannt ist und obwohl Sie im Lande, in der Presse und auch hier im Hause mit bewegten Worten dieses Schicksal unserer Schule und der Junglehrer geschildert haben, so zeigt sich doch, daß Sie nun nicht einen Pfennig dafür übrig haben!“

Es geht nicht um die Lehrer allein, es geht um die Schule. Es handelt sich nicht nur um die Frage, wie viele tausend arbeitswilliger, arbeitsloser, junger Menschen ihrem Beruf erhalten bleiben oder wieder zugeführt werden können — die Frage steht überall im Wirtschaftsleben genau so drängend zur Debatte —, sondern es gilt den Kampf dagegen, daß die fortschrittsfreudigsten, wegebahrenden und wegweisenden Kräfte Jahr um Jahr von der Erziehung unserer Jugend ferngehalten werden. Nirgends sonst in anderen Berufen richtet sich die Spitze der Beschäftigungslosigkeit so ausschließlich gegen den jungen Nachwuchs, nirgends sonst bedeutet der arbeitslose oder nur halbbeschäftigte Nachwuchs eine solche Gefahr für die Entwicklung des gesamten Berufs. Alle schulreformerischen Maßnahmen sind zwecklos, wenn die Männer und Frauen fehlen, die sich aus innerster Ueberzeugung heraus zu ihnen bekennen, die aus innerster Ueberzeugung heraus bereit sind, sie durchzuführen.

Darum ist die Sozialdemokratie die Vorkämpferin für eine schnelle Eingliederung der Junglehrer in die Gemeinschaft der Volkserzieher geworden, darum tritt sie mit Selbstverständlichkeit für eine rasche Behebung der Junglehrernot ein. Darum bedarf es bei ihr nicht erst der Rippenstöße von Seiten der Selbstbetroffenen, um sie an ihre Pflicht zu mahnen. Und weil es so ist, darum haben auch diese Rippenstöße bei den Parteien, die den Schulfortschritt nicht wollen, bisher nichts geholfen und werden auch in Zukunft nichts helfen.

Wie praktische Arbeit für die Junglehrerschaft — auch im Rahmen der jetzigen unzulänglichen Reichsgelehrtenauswahl — aussieht, zeigt am besten das Beispiel Berlins. Nicht mit Unrecht wurde unlängst im Preussischen Landtag ohne Widerspruch festgestellt, daß die sozialdemokratische Schulverwaltung Berlins bisher am meisten für die Junglehrer getan habe. Sie hat sich weit über den „Pflichtteil“ hinaus zur Anstellung von Junglehrern entschlossen — nicht allein um der Junglehrer willen, sondern im Interesse der ihrer Verarmung unterstehenden Schulen. Alle Lehrkräfte, die mehr als zehn Dienstjahre vertretungsweise an Berliner Schulen beschäftigt waren, sind restlos angestellt. Das nächste Ziel ist die Herabsetzung der zehnjährigen Diätzeit zunächst auf sieben Jahre. Dazu sind jetzt 270 Neuanstellungen erforderlich, die erstmalig im Herbst beschlossen worden sind.

Die Anstellung erfolgt aber nicht schematisch nach dem Dienstalter, sondern die einzelnen Bezirke sind in der Durchführung ihrer Wahlen durchaus souverän. Sie können also insbesondere die Bedürfnisse der weltlichen Schulen, für die ja ohnedies nicht festangestellte Lehrkräfte genug zur Verfügung stehen, bei ihren Anstellungen berücksichtigen. Für einen Ausgleich zwischen den weltlichen „Lehrerschulbezirken“, in denen eine relativ große Anzahl älterer Kräfte beschäftigt ist, und den „Bedarfsbezirken“ wie Spandau und Neuföhren ist Sorge getragen. In allen Fällen aber können die Bezirke, die im Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit für die Jugend der Arbeiterklasse dem Schulfortschritt die Wege ebnen wollen, diejenigen jungen Kräfte in den Dienst ihrer Schulen stellen, die gewillt sind, in diesem Geiste zu arbeiten. Auch der Magistrat kann sie nicht zwingen, die anzustellenden jungen Lehrer nur aus bestimmten Jahrgängen zu wählen.

Auf diese Weise wird in Berlin vorbildlich mit der Junglehrernot zugleich die Schulnot behoben werden. Der Zusammenhang zwischen beiden liegt klar zu Tage. Es wäre zu wünschen, daß endlich das junge Lehrerschlecht, das heute noch wartend vor den Toren der Schule steht, in seiner Gesamtheit diese kulturpolitische Verkopplung sehen lernt, daß es erkennt, daß die neue Schule nicht nur junge, sondern auch neue Lehrer braucht, Menschen, die bereit sind, sich den Pfad ins Neuland zu bahnen, noch ehe behördliche Maßnahmen ihnen Wegweiser ausgerichtet haben.

Amnestie und Strafmilderung.

Beschlüsse des Rechtsausschusses. — Kommunistische Taktik

Der Rechtsausschuss des Reichstages beschäftigte sich heute mit dem kommunistischen Antrag auf Gewährung einer politischen Amnestie. Abg. Höllein begründete diesen Antrag unter Hinweis auf die kommunistenfeindliche Rechtsprechung der Gerichte, vor allem des Reichsgerichts. Besonders übt er daran Kritik, daß Kommunisten schon wegen Hochverrats und wegen Vergehen gegen das Republikstrafgesetz verurteilt würden, wenn lediglich die Zugehörigkeit zum kommunistischen Funktionärskörper festgestellt werde. Staatssekretär Noel bestritt die Richtigkeit dieser Behauptung unter Bezugnahme auf eine vom Reichsjustizminister eingegangene Denkschrift.

Genosse Dr. Rosenfeld trat den Ausführungen des Regierungsvorgängers entgegen. Auch er übte an der Rechtsprechung des Reichsgerichts Kritik und führte besonders darüber Beschwerde, daß nicht mit Milde, sondern mit Härte bei der Anwendung des letzten Amnestiegesetzes vorgegangen werde. Dabei berief er sich vor allem auf den Fall Undersee und Genossen, der bei humaner Anwendung des Amnestiegesetzes unter die Amnestie hätte fallen müssen. Gerade die Härte der Begnadigungspraxis nötigte dazu, eine neue Amnestie zu erlassen, für die auch die sozialdemokratische Fraktion eintrete. Inzwischen war ein Antrag der Regierungsparteien eingelaufen, die Regierung zu ersuchen,

1. die Fälle nachstehend zu prüfen, in denen auf Grund des Republikstrafgesetzes auf Zuchthaus erkannt sei,
2. eine Einzelbegnadigung dann vorzunehmen, wenn strafbare Handlungen infolge Unerschlichkeit oder Berührung oder weil die Beurteilten die Tragweite ihrer Handlungen nicht überblickt hätten, begangen worden seien.

Genosse Landsberg führte darauf Beschwerde, daß Urteile des Reichsgerichts nullrecht werden, nach dem die Urteile den Beurteilten zugesandt seien, bevor sie als genau wissen, aus welchen Gründen sie verurteilt seien. Staatssekretär Noel erwiderte, daß die Urteile oft so umfangreich seien, daß es nicht möglich wäre, sie innerhalb der einschlägigen Frist zu Papier zu bringen, die durch die Solldochrist bestimmt sei. Genosse Rosenfeld beantragte zu dem Antrag der Regierungsparteien einen Zusatz dahin, daß die Regierung prüfen solle, ob im Gnadenwege auch die Strafe gemildert werden könne, die bisher auf Grund des Amnestiegesetzes lediglich deshalb nicht erlassen werden konnte, weil die Beurteilung erst nach Inkrafttreten dieses Gesetzes erfolgt war. Abgeordneter Brodau (Dem.) erklärt sich für die demokratische Fraktion für diesen sozial-

demokratischen Zusatzantrag. Auch Abgeordneter Rahl von der Volkspartei, Abgeordneter Wegmann (S.) sprechen sich für den Zusatz aus.

Bei der Abstimmung wurde der kommunistische Amnestieantrag mit den Stimmen aller übrigen Fraktionen gegen die zehn sozialdemokratischen und kommunistischen bei Stimmenthaltung der Demokraten abgelehnt.

Der sozialdemokratische Zusatzantrag wurde mit 18 Stimmen bei Stimmenthaltung der Deutschnationalen angenommen.

Dabei ist bemerkenswert, daß die Regierungsparteien, die den ursprünglichen Antrag selbst eingebracht hatten, auseinanderfielen, nachdem der sozialdemokratische Zusatzantrag angenommen war. Nicht weniger bemerkenswert ist das Verhalten der Kommunisten, die zunächst für den sozialdemokratischen Verbesserungsantrag stimmten, nach dessen Annahme aber bei der Gesamtstimmenthaltung sich der Abstimmung enthielten über einen Antrag, der vielen ihrer verurteilten Parteigenossen die Freiheit bringen soll. Kommunistische Taktik!

„Verdreifachung der Reichswehr.“

Eine politische Ente.

Die „rote Fahne“ widmet ihre ganze erste Seite von heute morgen angeleglichen Plänen auf Ausbau der Reichswehr: „Herabsetzung der Dienstzeit auf drei Jahre“; „jährlich 30 000 Mann Verstärkung“. Sie entnimmt diese Phantasie aus der sächsischen Presse, in die sie aus einer „pazifistisch-linksbürgerlichen“ Korrespondenz übergegangen war.

Wir zweifeln nicht, daß es phantasiebegabte Militärs geben könnte, die weißes Papier mit derart schwarzen Plänen bemalen: Knaben, die nie erwachsene Männer werden. Welchen politischen Wert solche militärischen Spielereien haben können, erkennt jeder, der nur einen Augenblick die internationale Lage überdenkt. Frankreich und England bestehen bis zum letzten Punkt auf buchstäblicher Durchführung der deutschen Entwaffnung. Ronatelang wird z. B. allein über die Zerstörung von Bastionen an der deutschen Ostgrenze und ihre Kontrolle verhandelt. Und da sollen diese gleichen Mächte Deutschlands Aufrüstung erlauben, eine Aufrüstung, die die ganze mühselig durchgekämpfte Entwaffnung Deutschlands wieder rückgängig machen würde.

„Jetzt steht bereits der Kreuzzug gegen die Sowjetunion im Stadium der technischen Vorbereitung“, winkelt die „rote Fahne“. Ihre holländische Gespensterhererei macht jeden die Achseln zuden, der sich die europäische Situation überlegt.

Disziplinarverfahren gegen Richter.

Die preussische Regierung für Öffentlichkeit der Verhandlungen.

Das preussische Staatsministerium hat dem Staatsrat einen Gesetzentwurf zur Veränderung des Gesetzes, betreffend die Dienstvergehen der Richter, mit der Bitte um gutachtliche Äußerung zugehen lassen. Danach soll in das Gesetz, betreffend die Dienstvergehen der Richter und ihre unwillkürliche Veretzung auf eine andere Stelle oder in den Ruhestand vom 7. Mai 1851, ein § 29 a eingefügt werden, dessen wesentlicher Inhalt der ist:

„Die mündliche Verhandlung ist öffentlich. Die Öffentlichkeit kann aus besonderen Gründen auf Antrag der Staatsanwaltschaft oder, soweit diese nicht widerspricht, auch von Amts wegen oder auf Antrag des Angeklagten durch Beschluß des Disziplinarorgans für die ganze Dauer der Verhandlung oder zeitweilig ausgeschlossen werden. Der Widerspruch der Staatsanwaltschaft bedarf keiner Begründung. Einem im Laufe der Verhandlung gestellten Antrag der Staatsanwaltschaft auf Wiederherstellung der Öffentlichkeit ist stattzugeben. Der Beschluß, durch den die Öffentlichkeit ausgeschlossen wird, ist öffentlich unter Angabe der Gründe zu verkünden.“

In der Begründung des Entwurfs wird u. a. ausgeführt: Für das Dienstvergehen der richterlichen Beamten empfiehlt sich die Einführung der Öffentlichkeit schon im gegenwärtigen Augenblick um so mehr, als diese Beamten mit Rücksicht auf ihre richterliche Stellung

in besonderem Maße des Vertrauens aller Bevölkerungskreise bedürfen und es der Wahrung und Hebung des Vertrauens dienlich sein wird, wenn ihnen zur Last gelegte Dienstvergehen in aller Öffentlichkeit vor den Dienststrafgerichten erörtert werden. Dazu kommt, daß im Verfolg des verfassungsmäßig gemäßigtesten Grundgesetzes der richterlichen Unabhängigkeit die Handhabung der Dienststrafgewalt gegenüber den richterlichen Beamten in weiterem Umfang, als dies gegenüber den richterlichen Beamten der Fall ist, den Verwaltungsbehörden entzogen und den Dienststrafgerichten anvertraut ist, die bei Ausübung ihrer Tätigkeit wiederum richterliche Unabhängigkeit genießen. Auch dieser Umstand läßt die Öffentlichkeit der mündlichen Verhandlungen im Dienststrafverfahren berechtigt erscheinen. Die Organisationen der Richter haben diesen Wunsch denn auch selbst geäußert.

Aus dem Landtag.

Beschwerden und Anträge.

In der heutigen Landtagssitzung beschwerte sich zunächst Abg. Dr. Körner (Völk. Freiheitspartei) darüber, daß der Präsident einen Brief seiner Fraktion noch nicht erwidert hätte, der die Wiederherstellung der seinerzeit wegen der Aussagen Grütze-Becher vor dem Gemeinderichtungsamt aufgehobenen Immunität des Abg. Wulle verlangt.

Präsident Bartels weist demgegenüber darauf hin, daß der Geschäftsordnungsausschuss darüber zu entscheiden hat.

Ebenfalls zur Geschäftsordnung beantragt Abg. Kaspar (Komm.), das Verhalten des Finanzministers zu mißbilligen, weil er den mit großer Mehrheit angenommenen Antrag auf Auszahlung einer Weihnachtshilfe an die Arbeiter in der Staats-, Land- und Forstwirtschaft noch nicht ausgeführt habe. Der Antrag kommt nicht zur Verhandlung, da von demokratischer Seite widersprochen wird.

Das Haus tritt nunmehr in die Tagesordnung ein und überweist einen demokratischen Antrag auf Bereitstellung der infolge des Hohenzollern-Vergleichs übergangenen Güter zu Siedlungszwecken ohne Besprechung an den Siedlungsausschuss.

Eine Reihe von Eingabenberichten der verschiedenen Ausschüsse wird ebenfalls ohne Aussprache erledigt.

Angenommen wird hierauf in zweiter und dritter Lesung der Gesetzentwurf über die Verwaltung und Unterhaltung von Reichswasserstraßen im Stromspaltungsgebiet der Elbe.

Nach den Anträgen des Geschäftsordnungsausschusses lehnt das Haus die nachgesuchte Genehmigung zur Strafverfolgung einer Reihe von Abgeordneten ab.

Zum Schluß beschäftigte sich das Haus noch mit Beamtenfragen.

Einheitsfront der Linken für Wahlreform.

Paris, 29. Juni. (W.T.B.) Heute nachmittag haben die Delegierten der Kammerfraktionen, die für die Rückkehr zu den Arrondissementwahlen eintreten wollen, eine Sitzung abgehalten, in deren Verlauf ein Ausschuss eingesetzt wurde, dem die Aufgabe zufällt, die Verabschiedung des am 1. Juli zur Beratung stehenden Gesetzentwurfs zu beschleunigen. Im Ausschuss sind vertreten die Linksrepublikaner, die demokratisch-republikanische Linke, die radikale Linke, die sozialistischen Republikaner, die Radikalen und die Sozialisten.

Befangenenbefreiung durchs Telephon.

Die Geheimleitungen der „Action Française“.

Paris, 30. Juni. (W.T.B.) Nach dem „Journal“ ist durch die gestrige Untersuchung in den Räumen der „Action Française“ festgestellt worden, daß drei geheime Telephonleitungen es ermöglichten, sich überallhin einzufahren und Verbindungen ohne Wissen der Telephonverwaltung durchzuführen. Es soll nunmehr so gut wie feststehen, daß der telephonische Anruf, durch den dem Gefängnisdirektor der Befehl zur Freilassung Daudets erteilt wurde, nicht vom Ministerium des Innern, sondern von der „Action Française“ ausgegangen ist.

Musik im Sportpalast.

Von Kurt Singer.

Musik ist kein Sport. Musikalische Feststunden begeht und feiert man nicht in Palästen, sondern in Kammern, kleinen Sälen. Die vornehmste, diskreteste der Ensemblekünste, die Pflege klassischer Sinfoniewerke, verliert ihren Sinn, ihren Wert, ihre Würde im nachhallenden Riesenraum der Schlüsselhäuser, Vorkämpfer, Rennschärer. In diesem Sportpalast kann man noch über die elementare Lebenskraft der Don-Kosaken hinweg Ort und Stimmungslage des Raumes vergessen; man kann finden, daß auch 5000 deutsche Sänger aufstich die Halle ausfüllen. Wenn man aber liest, sieht und hört, daß ein so herrliches, wertvolles, illustres Instrument, wie es das Wiener Philharmonische Orchester in der Welt darstellt, nun dem geruschhaftesten, kläglich unerschöpflichsten, non Rauch, Schwab, Unordnung geschwängerten Palais der Sportsleute ausgelegt wird, dann ist kein Vorwurf gegen die Veranstalter, Leiter, Agenten stark genug. Hier hat man der Kunst und der österreichischen Bruderschaft einen schlechten Dienst geleistet. Erich Kleiber hätte es absehen müssen, die schönsten Wirkungen, die wunderbarsten Leistungen dieses Orchesters so zu diskreditieren. Aber wo bleibt denn die Verantwortung, wenn das Geschäft den Weg vorschreibt, den man gehen soll! Am Detail erkannt wir die Wiener wohl, an der Wichtigkeit der Vorgeführung, am klugen Ton oder Oboen und Flöten, am vornehmen Pathos der Hörner, an der rhythmischen Präzision der Bässe, an der Eleganz und Abgemessenheit des Zusammenhaltens. Aber das waren Nebensächlichkeiten. Das Ganze stütete unzusammenhängend über uns als eine nicht mehr differenzierte Tonwelle, in der das einzelne sich nicht dem Ganzen fügen wollte. In diesem Riesensaal drängen Streicher zeitlich von den Bläsern, Trompeten von der Pauke entfernt an unser Ohr. Das Orchester war zweigeteilt, und in dem sinnlich bezaubernden Gesang der Geigen und Bratschen mischten sich sogar die 15 Bässe und Celli brutal, ohne Ausgleich hinein. Man konnte mit den Augen als rhythmische Gleichung erkennen, was aufstich durcheinander, ungleich wurde. Am meisten in der Schuberischen B-Dur-Sinfonie, in der ein Streicherklang dominiert, in der allerdings auch die ewigen Wiederholungen nicht der Bedeutung der Themen entsprechen. Das „Reisterfinger“-Vorspiel, von Kleiber reichlich im Tempo verzerrt, machte nicht warm. Erst die Melancholie der IV. Tchaikowskyschen Sinfonie setzte sich Stimmungshaft durch. Es war keine Feier, keine die den Adel der spielenden Körperschaft hob. Nie wieder in den Sportpalast! Für Musik der Besten scheint er mir nicht der rechte Platz. Im Walzer schwebte endlich Wien durch den Saal.

Soviet Sport auch im Singen getrieben, so viel Spott auch über moderne Singemethoden gerissen wird; wir suchen immer wieder nach Stimmen und Stimmbildnern. Raag-Brodman ist einer der Besten. Nicht, weil er mit Bombenstimmen aufwartet, sondern weil auch die noch nicht voll entwickelten im Lärm, im Strömen des Tones, in der Bildung der Cantilene, im Vortrag und in der Aussprache die Gesundheit der Lehre predigen. Ein paar von denen, die ein Vortragsabend heraufstellte, sind

konjunktur. So Elsa Schürhoff, Paula Lindberg, Klara Maria Eishardt. An anderen hat man keine helle Freude; so wenn Pachel mit äußerstem Geschick Reicher von Strauß, Paul Kötter mit tenoralem Glanz eine Arie aus der „Afrikanerin“, Emma Joseph mit lieblicher, schlackenreicher Koloratur, doch noch allzu jartem Ton den „Schattentanz“ aus der „Dinorah“ meistert. All diese Namen wird man in ein bis zwei Jahren feiern. Es ist wirklich noch nicht so weit, daß man von einem „Verfall der deutschen Gesangs Kunst“ reden kann, wie es jüngst ein verbitterter, galliger Magister mit guten sachlichen, aber arroganten persönlichen Darlegungen verkündet hat. Alt-Italien — das ist die große Methode der Wohl. Aber die beste Methode ist immer die, die sich nach Geist, Kehlloch, Typ, Körperbau und Psyche des Singenden zu richten weiß. Gerade hierin scheint Raag-Brodman ein Meister zu sein. Deshalb wollten wir froh von seinem Erfolg berichten. Und ein nachträgliches, herzliches Bräutchen Havemann-Beuten für die Aufführung des zweiten, im Einleitungsatz hochbedeutenden Streichquartetts von Arthur Schnabel. Es ereignete sich der seltsame Fall, daß ein scharf atonales Gebilde durch Kraft, Logik, Sinnführung und thematische Gestaltung imponierte, ja, gefiel.

Der „Wahre Jacob“ ist wieder da!

Der „Wahre Jacob“, der vom 1. Juli ab vom Verlag J. H. W. Diez Nachf. erneut herausgegeben wird, hat in der Bibliographischen Literatur Deutschlands eine überaus bedeutsame Rolle gespielt. Sein Begründer Heinrich Diez, dem eine erstaunliche Arbeitskraft neben dem Riesenwert seines Lebens, der Begründung des wissenschaftlichen Zentralverlages und Buchvertriebs der deutschen Sozialdemokratie, noch die Betreuung eines der Satire, dem Humor und der Unterhaltung gewidmeten Blattes gestattete, verstand aus dem „Wahren Jacob“ in einer Zeit, die die Bibliographen Deutschlands weit weg von der Seite des wertvollen Volkes geführt hatte, eine Zeitschrift zu machen, die sofort zum Herzen des Volkes sprach. Geschichte wußte sich der 1887 herausgebrachte „Wahre Jacob“ in den ersten Jahren seines Bestehens den Wachsen des Ausnahmegerichtes zu entwickeln; als das Schandgesetz fiel, wurde das Blatt schnell zu einem künstlerisch, literarisch und politisch wertvollen Faktor der deutschen Öffentlichkeit. Viele Dichter, Schriftsteller und Zeichner, die später zu erstem Rang im geistigen Deutschland aufgestiegen, haben sich im „Wahren Jacob“ die Spuren verdient.

Die erste Nummer des nunmehr wiedererstandenen „Wahren Jacob“ liegt uns vor. Wir freuen uns, sagen zu können, daß die Erwartungen, die man auf das Blatt gesetzt hat, nicht enttäuscht worden sind. Reichhaltig und amüsant in Satire, Witz und Humor, in vorzüglicher Ausstattung herausgebracht, wird der „Wahre Jacob“ schnell sich die Gunst der Arbeiterklasse erringen. Zeichner und Literaten haben ihr Bestes hergegeben.

Da ist insbesondere Willibald Kraun mit einem der Arbeiterjugend gewidmeten Blatt zu nennen. Kraun gab ferner die wirklich bedeutende Leistung „des Bild ohne Worte“: auf einem aus Arbeiterkreisen gebildeten phantastischen Reiter schwimmt die Gondel der Lust, das Schiff des Praeser- und Raffetismus einher. Jakobus Bessen zeichnete eine „Mitternachtsstunde im Berliner Schloß“, die

sich die Herren Deutschnationalen kaum in ihr Fraktionszimmer hängen werden. Willy Steiner, der Lustige hat eine überaus uflige Strandscene beigezeichnet. Karl Holz liefert eine famose Zeichnung zu dem ebenso famosen Bourgeoiswitz:

„Wissen Sie, an sich habe ich gar nichts gegen den Sozialismus! Ich bin sogar fest davon überzeugt, daß er den Ansprüchen der Arbeiterklasse gerecht werden kann. Aber sehen Sie den Ansprüchen der bürgerlichen Klasse, denen wird er nicht gerecht werden können! Da liegt eben der Hase im Pfeffer! Prost!“

Eine wirkliche Freude ist die hervorragende technische Ausstattung. Die „Vorwärts“-Druckerei hat mit dem 1. einer Zeitschrift zum erstenmal verwandten Verfahren des dreifachen Kupfertiefdrucks eine graphische Musterleistung zustande gebracht. So sind alle Vorbildungen erfüllt, die den Erfolg verbergen. Die Billigkeit des Preises (30 Pf. pro Nr.) ermöglicht als Freunden der politischen Satire und des volkstümlichen Humors, regelmäßige Leser zu werden.

Rußland und Italien auf der Frankfurter Ausstellungen. Die Sowjetregierung wird zur Internationalen Russkiausstellung in Frankfurt a. M. das Staatliche Quartier des Pfaffen Konseratoriums sowie zahlreiche Vertreter der einzelnen Vder der Sowjetunion entsenden, so ukrainische und weißrussische Gesänger, kaukasische Tänzer und baskische Flötenspieler. Einzelnzahl Kompositionen junger russischer Musiker sollen den heutigen Stand der modernen russischen Musik zeigen. — Das italienische Ausstellungsmaterial, das zurzeit unterwegs ist, wird achSätze umfassen. Unter anderem sendet die italienische Regierung Paganini Guarnerigeige, Manuskripte von Verdi, zahlreiche alte metallische Handschriften und Instrumente.

Neue Methoden der Wiederbelebung. Ein Herr Arzt, Dr. Eijemenger, hat einen Apparat konstruiert, mit dem es möglich ist, durch elektrische Massage vom Rücken aus den Blutlauf in dem Körper eines vor kurzem Verstorbenen wieder in Gange zu bringen. Der Apparat soll zur Wiederbelebungsoeruchen Verunglückten dienen; der Erfinder hofft, daß er auf diesem We in schweren Fällen eine wirksame Unterstützung für die sonst üblichen Methoden, wie künstliche Atmung und Einpflanzung von Salzwasser leisten kann.

In der Großen Berliner Kunstausstellung sollen Mittelst, nachdem die Sonderausstellungen Baumwolle und Wolle nicht schloßen sind, neue Sonderausstellungen eröffnet werden. Hierzu sind eingeladen die zum Verkauf der Bauhaus gehörigen Künstler, wie Gering, Aise, Mude, Nobels Raab, ferner die Schloßwitz, Schloßwitz, Schloßwitz in einer geschlossenen Gruppe und schließlich die Künstler der D. M. A. S.

Die Galerie Ferdinand Möller, Schöneberger Ufer 38, zeigt Sonderausstellungen von George Mosson und im Oberlicht der Bar Raus, außerdem neue und alte Werke von Erich Hefel, L. Z. Krieger, Otto Kuebler, Max Beckstein, Christian Rohlf, A. Schmitz-Rohlf, Charles Crobel, Artur Degener, Franz Domscheit, B. Grammatik, D. Verbig, A. Reichbaum, Wolf Adrich und Blausen von Georg Rolf B. Rahnbrud und Richard Scheibe. Die Ausstellung ist täglich von 9—11 Uhr geöffnet.

Ein Professor für Volkskunst ist an der Hochschule für Kunst in Aachen im Staat New York errichtet worden, in dem Studium und der Wiederbelebung der alten englischen Volkskünste soll. Die Hochschule plant jährlich regelmäßige Aufführungen von Volksliedern.

Eine seltene Abwechslung.

Das Reichsgericht kann einmal keinen literarischen Hochverrat entdecken.

Leipzig, 30. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Das Reichsgericht, 4. Strafsenat, verhandelte gegen den Buchhändler Franz Koppenhäuser aus Frankfurt a. M., der sich wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Bergehen gegen das Republikverfassungsgesetz zu verantworten hatte. Bei Koppenhäuser, der Geschäftsführer der Kommunistischen Partei in Frankfurt ist, soll man in seiner Buchhandlung Broschüren gefunden haben, die hochverräterischen Inhalt gegen die republikanische Staatsform enthalten. Vom Oktober 1925 bis Januar 1926 wurden die Broschüren „Der Kampf um die Gewerkschaftseinheit“, der „Kommunistische Arbeiterkalender von 1926“ und „Der hamburgische Aufstand“ beschlagnahmt. Koppenhäuser soll Kenntnis von dem hochverräterischen Inhalt aller Broschüren gehabt haben, was er aber bestritt. Als Buchhändler war er gar nicht in der Lage, alle Bücher auf ihren Inhalt zu prüfen, auch habe er nach ihrer Beschlagnahme die Bücher nicht weiter geführt. Deshalb das Gericht den Prozeß gegen ihn führe, wisse er nicht, da er die beschlagnahmten Bücher gar nicht gelesen habe, noch habe er gewußt, daß sie hochverräterischen Inhalts seien. Der Reichsanwalt führte in seinem Plädoyer aus, daß wohl ein Verdacht bestünde, daß Koppenhäuser von dem hochverräterischen Inhalt dieser Bücher gewußt habe, doch reicht dieser nicht aus, diesen zu verurteilen. Er beantragte die Freisprechung. Das Gericht schloß sich diesem Antrage an und legte die nicht unerheblichen Kosten der Staatskasse auf.

Ein übereiltes Landesverratsverfahren.

Königsberg, 30. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Oberreichsanwalt hat das Verfahren wegen Landesverrats gegen den verantwortlichen politischen Redakteur der „Königsberger Volkszeitung“ ohne Angabe von Gründen eingestellt. Das Strafverfahren gegen unser Königsberger Parteiorgan war eingeleitet wegen eines Artikels des Reichstagsabgeordneten Genossen Dr. Paul Herz, der sich mit der Befreiung der Sowjetgrana-ten für die Reichswehr und mit den Verbindungen der Reichswehr zu den illegalen Organisationen beschäftigte. Der gleiche Artikel führt auch zu einem Strafantrag wegen Landesverrats gegen den verantwortlichen Redakteur der „Rheinischen Zeitung“. Die Leichtfertigkeit, mit der das Verfahren eingeleitet wurde, geht am besten aus einer solchen Einstellung — sieben Wochen nach der ersten verantwortlichen Vernehmung — hervor.

Enttäuschte Hoffnungen.

Der Bankrott des anglo-russischen Komitees.

Der Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion hat nach einem Bericht von Tomski über die Berliner Verhandlungen des anglo-russischen Einheitskomitees eine längliche Entschlieung angenommen, in der der Bankrott des anglo-russischen Komitees festgestellt wird.

Der Bankrott war unvermeidlich. Die englischen Gewerkschaften haben sich daran beteiligt in der Hoffnung, auf diesem Wege die russischen Gewerkschaften zum Anschluß an den Internationalen Gewerkschaftsbund zu veranlassen. Die russischen Gewerkschaften haben sich daran beteiligt in der Hoffnung, die englischen Gewerkschaften vom IGB loszulösen und damit diesen selbst zu sprengen. Diese, sander diametral entgegengesetzten Bestrebungen, konnten zu keinem praktischen Ergebnis führen.

In der Entschlieung werden die englischen Gewerkschaften in der bei den Bolschewisten üblichen „brüderlichen“ Weise behandelt. Es wird ihnen „Taktik des Ausweichens, der Verschleppung und der Sabotage, Politik der Sprengung des anglo-russischen Komitees“ vorgeworfen. Der Zentralrat der englischen Gewerkschaften wird weiter beschuldigt, den englischen Kapitalisten geholfen zu haben, den Generalstreik niederzuschlagen und den rubenbesitzern die Schlacht zu gewinnen. Es wird daneben die nicht weniger vertagene Behauptung aufgestellt, daß der Zentralrat die Anhänger der Minderheitsbewegung und die Anarchisten aus den Gewerkschaften ausgeschlossen habe. Wäich heißt es dann:

„Unterstützung und Begünstigung seitens der rechten und „linken“ Führer des Generalrates wurde die englische Arbeiterklasse in die Ketten des gendarmenmäßigen Trade-Union-Geloches“ in die Ketten der falschlichen Bill geschlagen, die den englischen Arbeitern ihre minimalen Rechte stahl.“

Schließ wird den englischen Gewerkschaftsführern direkter Verrat an den Interessen des Proletariats“ vorgeworfen und ihnen nachgehört, daß sie sich „mit der gesamten Schwarz-hundertclique“ in Frage des sogenannten „roten Terrors“ solidarisiert haben.

Das sinnen einige Stillblüten aus der langen Epistel. Für die Gewerkschaften des Festlandes sind derartige Töne durchaus vertraut. Sie es gewöhnt, daß sich zu den Angriffen der Reaktion die niedrächigen Verleumdungen der Bolschewisten gesellen. Für die englischen Gewerkschaften, die die Bolschewisten bisher wie unartige Krim behandelten, die man mit Rücksicht und Güte auf den rechten führen müsse, dürfte diese Sprache etwas überraschend kommen.

Wenn die englischen Gewerkschaften sich bisher über die Absichten der rechten Bolschewisten noch einer Täuschung hingeeben haben sollten, dürfte die Entschlieung ihnen volle Klarheit bringen. Denn dieser Entschlieung wird ziemlich unverhüllt ausgesprochen, daß mit dem anglo-russischen Komitee bezweckt war. Es heißt da u. wörtlich: „Das anglo-russische Komitee muß einer der Mittelpunkt der Mobilisierung der proletarischen öffentlichen Meinung sein.“

Also nicht die Herbeiführung der Einheit der internationalen gewerkschaftsbewegung handelt es sich für die russischen Bolschewisten, sondern darum, sozusagen eine dritte Gewerkschaftsinternationale unter kommunistischer Führung und damit eine weitere Zerspaltung des Proletariats schaffen. Daß sich die englischen Gewerkschaften dazu nicht herge und daß sie es ablehnen, sich von den bolschewistischen Anstößen der Gewerkschaftsbewegung die Taktik in ihrem Lande vorsetzen zu lassen, versteht sich von selbst. Dieses Ergebnis war vuzusehen. Wir stellen den Bankrott der bolschewistischen Hoffnungen und damit die Stärkung der Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung ausdrücklich fest.

London, 30. Juni. (CP.) Englische Arbeiterabgeordnete wie Lansbury, Maxton Jenner haben an Ruskow ein Telegramm geschickt, in welchem sie bitten, daß Hinrichtungen ohne Verhör aufzuheben, da dieses Verfahren ihnen den Kampf gegen die russlandische Politik der englischen Regierung erschwere. In Antwort sucht Ruskow das russische Verfahren damit zu rechtfertigen, daß der Sowjetstaat sich gegen Angriffe wehren muß.

Preußens Weg zum Meere.

Die Unterelbe-Gesetze und ihre Bedeutung.

Am Mittwoch hat der Landtag die Gesetzesvorlagen der preußischen Staatsregierung, die eine Neuordnung der kommunalen und wirtschaftspolitischen Verhältnisse an der Unterelbe zum Ziele haben, verabschiedet. In der Öffentlichkeit sind diese Gesetzesvorlagen mit dem Namen „Groß-Hamburg“-Gesetze bezeichnet worden. Und sie hängen ja mit dem Streit, der nun seit Jahren um Hamburg und dessen staatliche Erweiterungswünsche geht, aufs engste zusammen. Es ist nicht an der Zeit, den Streit noch einmal zu entfachen, der durch diese preußischen Gesetze zu einem gewissen Grade beigelegt oder doch mindestens für absehbare Frist durch die neue Rechtslage überholt ist. Nur einige grundsätzliche Bemerkungen scheinen uns doch am Platze zu sein.

Das Wirtschaftsgebiet an der Unterelbe, das man mit „Groß-Hamburg“ zu bezeichnen pflegt, ist für den Sozialisten in mehrfacher Beziehung ein lehrreiches Beispiel. Die Verworfenheit kapitalistischer, veralteter Politik hat hier ein seltenes Neben- und Durcheinander geschaffen. Auf engem Raum suchen sich nebeneinander drei Hafenstädte zu entwickeln — an der Nordelbe Hamburg und Altona, an der Süderelbe die preußische Hafenstadt Harburg. Dazwischen liegt, von den Elbarmen umschlossen und von Wasserstraßen durchzogen die Elbinsel Wilhelmsburg, die bis auf den Nordrand preußisches Staatsgebiet ist und auf die sich hauptsächlich die Erweiterungswünsche Hamburgs erstrecken. Dieses ganze Gebiet ist eine Stätte lebhaften Handels, blühender Entwicklung und im ständigen Wachsen begriffener Industriefiedlung.

Dieses so offensichtlich zusammenhängende und zusammengehörige Wirtschaftsgebiet leidet heute noch unter dem Jammer früherer deutscher staatlicher Zerrissenheit, die ja auch in unseren Tagen noch nicht überwunden ist. Zwar haben sich alle Gutachter übereinstimmend dahin ausgesprochen, daß dieses Unterelbegebiet nach einer einheitlichen Zusammenfassung und Bewirtschaftung schreit, eine völlig befriedigende Lösung aber konnte praktisch nicht gefunden werden. Denn das Gebiet zerfällt nicht nur in verschiedene Kommunen, sondern wird auch von staatlichen Grenzen zerschnitten, von der Trennung in verschiedene Provinzen desselben Staates gar nicht erst zu reden. Diese Zerspaltung ist eine Folge des kapitalistischen Wirtschafts- und Staatssegoismus, der keine Rücksicht auf die Erfordernisse planmäßiger und voraussehender Wirtschaftspolitik kannte, dem nur das Eigeninteresse, nicht die Berücksichtigung des übergeordneten Allgemeinwohl war. Als Sozialisten wissen wir, daß Wirtschaft, daß Produktion nicht Selbstzweck sein dürfen, sondern das es gilt, die vorhandenen Kräfte der Natur planmäßig mit möglichst geringem Aufwand von Energie zum größtmöglichen Nutzen der Allgemeinheit auszunutzen. Nun, hier an der Unterelbe ist gezeigt, wie es nicht gemacht werden soll. Denn kein Mensch kann das Neben-, ja das Gegeneinander hier vernünftig finden. Bedoch im Staats- und Wirtschaftsleben muß man mit dem nun einmal bestehenden Zuständen rechnen; denn der staatlichen, einheitlichen Zusammenfassung dieses ganzen Gebietes standen Schwierigkeiten gegenüber, die

hüben wie drüben nicht zu überwinden waren. Weder Preußen, noch Hamburg konnten sich entschließen, ihre staatlichen Hoheitsrechte aufzugeben.

Da nun einmal die staatspolitischen Grenzen der Verwirklichung der an sich als richtig erkannten Hindernisse entgegenstürzten, so galt es dort den Hebel anzusetzen, wo solche Hindernisse nicht bestanden. War das Gesamt-Wirtschaftsgebiet „Groß-Hamburg“ zunächst noch nicht staatlich zusammenzufassen, wozu dann getrennte Gebiete nebeneinander bestehen lassen, wo eine Zusammenfassung möglich war? Die preußische Staatsregierung hat unferes Erachtens deshalb recht getan, wenn sie im Teile perwirklichte, was im ganzen dazu noch nicht reif war. Die drei nunmehr vom Landtag verabschiedeten Gesetze schaffen nämlich aus denen um Hamburg liegenden preußischen Gemeinden und Städten drei große und lebenskräftige Kommunen, die nunmehr mit ganz anders zusammengesetzten Kräften die an sie heranreitenden Aufgaben bewältigen können. Durch die vom Staat diesen Gemeinden in dem Finanzausgleichgesetz zur Verfügung gestellten Mittel wird es möglich sein, kommunalpolitisch und hafenpolitisch dieses unendlich wertvolle Gebiet an der Unterelbe planmäßig aufzuschließen. Das heißt, es wird vermieden, daß jede Gemeinde ohne Rücksicht auf die andere sich ihr naheliegenden Aufgaben zuwendet. Jetzt wird es möglich sein, jedem Teil in einem weitgesteckten Plan die Aufgaben zuzuweisen, die durch die geographische Beschaffenheit des Geländes an der Unterelbe gegeben sind. Nur so kann dieses ganze Wirtschaftsgebiet zum Wohle des gesamten Volkes, der ganzen deutschen Volkswirtschaft wirklich ausgenutzt werden.

Noch ein anderes Ziel aber rückt durch die Zusammenfassung der preußischen Gemeinden an der Unterelbe der Erfüllung näher. Der Stadtstaat Hamburg mit seinem Welt-hafen soll in seiner Bedeutung nicht etwa herabgemindert werden. Aber die Entwicklung zeigt deutlich, daß der Weg auch in Deutschland über die noch bestehende Kleinstaaterei und Zerrissenheit hinweggehen muß und wird. Wirtschaftliche Notwendigkeiten sind stärkere Machthaber als staatspolitische theoretische Einsicht und Erkenntnis. Durch die Schaffung großer preußischer Kommunalverbände an der Elbe ist die Möglichkeit geschaffen, daß zwischen der Kommune Hamburg mit ihrem Hafen und den nunmehr bestehenden preußischen großen Hafenstädten Verträge und Vereinbarungen getroffen werden, die der künftigen Entwicklung neue Wege eröffnen. In den Gesetzesvorlagen ist die Rede von dem Siedlungsverband, der die nunmehr geschaffenen preußischen Kommunalgebiete in einer übergeordneten Einheit zusammenfassen soll. Siedlungsverband und Hafenbetriebsgemeinschaft zwischen den Kommunen, zwischen Preußen und Hamburg scheinen uns die nächste Etappe auf diesem, von der preußischen Staatsregierung nunmehr erfolgreich beschrittenen Wege zur Vereinheitlichung des Unterelbegebietes zu sein. Die Not der Zeit erheischt gebieterisch die Beendigung des Streites zwischen staatlicher Eifersüchtelei und fordert Zusammenfassung der Kräfte und planmäßige, gemeinsame Arbeit.

Byrds Endziel nicht Paris?

Eine Fahrt im Nebel und mit ungünstigen Winden.

Gewisse Anzeichen deuten darauf hin, daß das Endziel des Ozeanfliegers Byrd nicht, wie zuerst allgemein angenommen wurde, Paris sein soll, sondern daß der Bezwinger des Nordpols mit seinem Atlantikfluge gleichzeitig den Versuch machen wird, den Streckenweltrekord Chamberlins zu brechen, also über dem europäischen Festland soweit wie möglich nach Osten vorzudringen.

Unter diesen Umständen ist heute, wie wir zuverlässig erfahren, von der Deutschen Luftfahrt für alle deutschen Flughäfen höchste Bereitschaft angeordnet worden, damit Byrd, falls er deutsches Gebiet überfliegen sollte, jegliche Hilfe und Unterstützung geleistet werden kann.

Im Flughafen Tempelhofer Feld wird heute ein besonderer Nachdienst eingerichtet.

damit hier etwaige funktentelegraphische Nachrichten von der amerikanischen Maschine oder aber von den übrigen Funkstellen der Flughäfen oder den mit H. L. Einrichtung versehenen Verkehrsflugzeugen entgegengenommen und danach entsprechende Dispositionen getroffen werden können. Insbesondere haben auch die in Westdeutschland gelegenen Flugplätze Anmeldung erhalten, nach Eintritt der Dunkelheit auf eine etwaige Annäherung der „America“ zu achten und sie für diesen Fall durch Positionssignale und Scheinwerfer über ihren Standort zu unterrichten. Allerdings bleibt auch die Möglichkeit, daß Byrd, wenn er nicht Paris als Ziel wählt, auf einem weiter südlich gelegenen Kurs den Streckenrekord brechen will und daß er, wie bereits vor längerer Zeit einmal aus Amerika gemeldet wurde, erst über Sapanien nach Italien oder noch weiter südöstlich fliegen wird. Auf diese Absicht könnte eine von dem Ozeanflieger heute früh aufgelangene Positionsmeldung hindeuten, die einen

erklaunlich weit nach Süden gerichteten Kurs

über dem Ozean erkennen läßt. Während es gestern abend bzw. heute nacht noch den Anschein hatte, als ob Byrd an der Südküste Neufundlands entlang über den auch von Lindbergh und Chamberlin eingeschlagenen nördlichen Kurs auf Irland zu gehen würde — er hatte die Scotar-Insel südlich von Neufundland mit nordöstlichem Kurs passiert — erhielt um 4 Uhr früh mitteleuropäische Zeit der Dampfer „Adriatic“, der White Star Line von Byrd die Funkennachrichte, daß die Maschine um diese Zeit sich auf dem 43. Grad 38 Minuten nördlicher Breite und 42 Grad 4 Minuten westlicher Länge befand. Die „Adriatic“ hatte am 25. Juni Liverpool verlassen und soll am 3. Juli in New York eintreffen, sie fliegt auf der nördlichen Schiffsroute, ist aber möglicherweise wegen der zu dieser Jahreszeit im Norden herrschenden Eisberggefahr auf südlicheren Kurs gegangen. Die angegebene Position des Flugzeuges liegt fast genau auf dem

Kurs, den der J. R. III auf seinem Amerika-Fluge

genommen hatte, und zwar hätte sich danach Byrd um 4 Uhr früh etwa 500 Meilen von der amerikanischen Küste südwestlich der großen Neufundlandbank und nordwestlich von den Azoren befunden. Vorausgesetzt, daß die Beobachtungen der Flieger über ihren Standort zuverlässig waren oder daß nicht etwa bei der funktentelegraphischen Übermittlung ein Fehler eingetreten ist, wäre also daraus zu entnehmen, daß Byrd aus irgend einem Grunde stark nach Süden zu abgelenkt ist, also bei Beibehaltung dieses Kurses

auf die spanische Küste zu fliegen würde. Die zu erwartenden weiteren Positionsmeldungen werden erkennen lassen, ob sich diese Annahme bestätigt.

Die deutschen Funkstationen, insbesondere die Küstenfunkstelle Norddeich, hatten auch bis heute vormittag noch keine direkte Verbindung mit dem Ozeanflugzeug.

Empfangsvorbereitungen in Frankreich.

Wie vom Flughafen Le Bourget gemeldet wird, sind für die erwartete Ankunft des Flugzeuges „America“ von Byrd die gleichen Vorkehrungen getroffen worden, wie anfänglich der Ankunft Lindberghs. Man rechnet damit, daß das Flugzeug in der Nacht zum Freitag gegen 3 Uhr morgens landen wird. Byrd führt eine besondere Gesandtschaftsformation an den Präsidenten der französischen Republik Doumergue mit sich, die aus zwei amerikanischen Fliegern einschließend der von Byrd auf seinem Flug über den Nordpol benutzten Flagge und einer Kopie der kleinsten Bibel der Welt besteht. Nach einem Kabelbericht aus New York hat Byrd seinen Mechaniker angewiesen, sofort an Bord des „Präsident Roosevelt“ sich nach Europa einzuschiffen, um in Paris das Flugzeug zu prüfen.

New York, 30. Juni. (WTB.) Um 6.30 Uhr abends New Yorker Zeit hatte Byrd drahtlos gemeldet, daß die „America“ in Rebel gekommen sei, der ganz Neufundland bedeckt, und eine Navigation unmöglich machte. Die Wolkendecke lagte hinzu, die „America“ steige über den Nebel empor und habe sehr ungünstige Winde angetroffen. Beamte des Flugplatzes glauben, Byrds Neufahrung über die Unmöglichkeit der Navigation sei die Antwort auf die Anregung, er solle stündlich Berichte über seinen Standort geben.

Chatham (Massachusetts), 30. Juni. (WTB.) Nach diesigen Berechnungen befand sich die „America“ um 11 Uhr früh (5.30 Uhr mitteleuropäischer Zeit) ungefähr 1400 Meilen von Chatham. Ein Funkpruch Byrds von 2.30 Uhr morgens belagt: Seit gestern nachmittag 4 Uhr haben wir infolge des dichten Nebels und der über einem weiten Gebiet tiefhängenden Wolken weder Land noch Wasser gesehen.

New York, 30. Juni. (WTB.) Die Radiostation in Shepherdville (Massachusetts) hat auf Grund von Peilungen, die sie auf die Zeichen der „America“ hin vornahm, berechnet, daß Byrd gegen 5 Uhr etwa 700,59,5 südlich seines Kurses und annähernd 2000 Meilen von New York entfernt ist.

New York, 30. Juni. (WTB.) Nach einer drahtlosen Meldung ist Byrd von seinem Kurs wesentlich nach Süden abgewichen. Er hatte bis 10 Uhr vormittags bereits über 3000 Kilometer zurückgelegt.

Eine schwere Spionageangelegenheit ist dem „Paris Pariser“ zufolge, in den staatlichen Marinewerkstätten in Caen in der Normandie aufgedeckt worden. Fünf Ingenieure, darunter ein Franzose, ein Belgier und ein Jugoslawe, sind unter der Beschuldigung, Dokumente der Landesverteidigung an eine fremde Macht ausgeliefert zu haben, verhaftet worden.

Arbeitsgerichte für die Seeschifffahrt. Eine Eingabe der Berufsverbände.

Der Aktionsausschuss seemannischer Berufsverbände, Hamburg, hat vor kurzem eine Eingabe an das Reichsarbeitsministerium gerichtet, in der darüber Beschwerde geführt wird, daß starke, in der Reichsregierung und im Deutschen Reichstag ausschlaggebende Kräfte offenbar planmäßig bestrebt sind, das Versprechen der Reichsverfassung auf Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechtes nicht auszuführen, sondern die Seeleute davon auszuschließen. Die deutschen Reedereien vertreten die Ansicht, daß es nicht zweckmäßig oder notwendig sei, die Seeschifffahrt in das Arbeitsgerichtsrecht einzubeziehen. Wie wir dazu erfahren, wird das Reichsarbeitsministerium bald den Entwurf für die Seemannsordnung fertigstellen; darin soll unter entsprechenden Veränderungen für die Seeleute das gleiche geschaffen werden, was das Arbeitsgerichtsrecht für die Arbeitnehmer zu Lande bedeutet.

Systematische Tarifbrüche der Mehlfuhrherren I

In einer gutbesuchten Versammlung, einberufen vom Deutschen Verkehrsband, nahmen die Chauffeurs, Kutscher und Mitfahrer aus den Mehlfuhrbetrieben Stellung gegen die fortgesetzten Tarifbrüche der Mehlfuhrherren. Nachdem der Streit beigelegt war, konnte man annehmen, daß die Mehlfuhrherren jetzt die eigenhändig unterzeichneten Bedingungen innehalten würden; aber weit gefehlt, die Bezahlung der Ueberstunden wird wie bisher verweigert, es sind auch einige Fälle bereits schiedsgerichtlich ausgetragen worden. Die Fuhrherren lassen sich lieber verklagen, als die tarifmäßige Bezahlung zu leisten.

An der Leistung der Ueberstunden haben die Mehlfuhrherren ein besonderes Interesse; die Aufträge werden zusammengelegt, Ueberstunden müssen gemacht werden ohne Bezahlung. Die Mitfahrer werden nur zwei bis drei Tage beschäftigt, um an den anderen Tagen wieder auszuweichen, und die Kutscher sollen wieder allein fahren; also eine glatte Durchbrechung der getroffenen Abmachung. Einige Firmen sind bereits dazu übergegangen, die anfangs eingestellten Mitfahrer zu entlassen und weigern sich, solche wieder zu beschäftigen. Der paritätischen Kommission sind diese Firmen zur weiteren Verfolgung übergeben worden.

Der Zweck des Ausgehens ist nur der, daß die Mitfahrer wieder ohne Bezahlung mitfahren sollen; Anregungen haben schon einige Fuhrherren dafür gegeben. Durch diese Machination soll das wilde Handwerk in den Mitfahrertreibern wieder zur Blüte gebracht werden, um andererseits Löhne zu sparen. Lebhaftige Klagen sind noch über die Bezahlung der Feiertage sowie von den Kutschern über die Bezahlung der Pferdepflege an Sonntagen geführt worden.

Eine Resolution, die sich gegen die Tarifbrüche der Mehlfuhrherren wendet sowie von den Kutschern fordert, ohne bezahlte

Mitfahrer keine Aufträge im Mehlfuhrgewerbe zu erledigen, fand einstimmige Annahme. Wenn sich nun durch die fortgesetzten Tarifbrüche der Mehlfuhrherren Komplikationen ergeben zum Nachteil der allgemeinen Bevölkerung, so ist die Schuldfrage nur bei den Mehlfuhrherren zu suchen. Wir haben bereits öfter gewarnt.

Tarifikündigung der Püher.

Die im Bauergewerksbund organisierten Püher nahmen am Dienstag in einer überfüllten Versammlung in den Residenzgefällen zur Kündigung ihres Tarifes Stellung. Der Fachgruppenleiter Genosse Lehnic erklärte eingehend die Positionen des Tarifentwurfs, den die Fachgruppenleitung ausgearbeitet hat für den Fall, daß die Versammlung die Kündigung des alten Tarifes beschließen sollte.

Verlangt wird in dem Tarifentwurf die Streichung der Bestimmung, die besagt, daß die Arbeitszeit die gesetzliche sei. Sie soll entsprechend den tatsächlichen Verhältnissen dahin abgeändert werden, daß die Arbeitszeit in der Zeit vom 1. Februar bis 30. November täglich 8 Stunden, vom 1. Dezember bis 31. Januar 7 Stunden und Sonnabends 6½ Stunden betragen soll. Vor den hohen Festtagen soll um 1 Uhr nachmittags Arbeitsruhe sein. Die wichtigste Forderung jedoch ist die, daß nicht mehr die Bezahlung der Außenputzarbeiten und ein Teil der Innenputzarbeiten der freien Vereinbarung zwischen den Arbeitern und dem Unternehmer überlassen bleiben soll, sondern daß die Bezahlung dieser Arbeiten in Zukunft auch tariflich geregelt werden soll. Der Tarifentwurf sieht für alle diese Arbeiten feste Preise vor. Durch diese Forderung soll endlich mit einem Zustand gebrochen werden, der schon seit mehr als 50 Jahren besteht und sich immer mehr zuungunsten der Arbeiter auswirkt. Diese Bestimmung hat besonders im letzten Jahre dahin geführt, daß die Preise von den Unternehmern derartig gedrückt wurden, daß viele Arbeiter nicht einmal ihren tariflichen Stundenlohn verdienen konnten. Gefordert wird weiter, daß der Tarif vom 1. Oktober bis 31. März 1928 gelten soll und daß die Parteien ab 15. Februar in Verhandlungen eintreten über die Neuverfestung der Akkordpreise.

Die Versammlung beschloß nach eingehender Aussprache, den Tarif am 30. Juni zum 30. September zu kündigen und beauftragte die Fachgruppenleitung, den von ihr ausgearbeiteten Vertragsentwurf den Unternehmern zu unterbreiten.

Vereinfachte Demokratie.

Wie sie in den russischen Gewerkschaften gehandhabt wird.

Der „Trud“ vom 16. Juni berichtet, wie man in Rußland die Verbandsdemokratie „vereinfacht“. Wir lesen:

„Wahlversammlungen einberufen, abstimmen, verhandeln: das ist eine recht mühselige Angelegenheit. Man muß es schon einfacher machen. Was aber kann einfacher sein als Kooption.“

Der Betriebsrat von Katschewsk kopierte in Delegiertenversammlungen zweimal Ersatz für zurückgetretene Zellensekretäre und für den stellvertretenden Betriebsleiter. Im Hüttenbetriebsrat

von Katschewsk wurde statt des ausgeschiedenen Vorsitzenden ein neuer Vorsitzender kopiert, der nicht einmal Betriebsratsmitglied war. Ebenso verhielt es sich mit der Kulturabteilung der Betriebsverwaltung.

Das Problem der Delegiertenwahlen wurde vereinfacht. Zum Beispiel: Im Bereich des Hüttenbetriebsrates von Krasnowozki erschienen zur Wahlversammlung im Schacht Nr. 31 18 u. 9. der Wähler, 217 Personen, die die Wahlen von 270 Delegierten vornahmen. Und so sieht die Demokratie im Verband der medizinischen und Sanitätsarbeiter aus: in der Betriebsverwaltung von Katschewsk wurden, obwohl seinerzeit gemählte Ersatzleute vorhanden waren, Neuwahlen für den Bezirk der Betriebsverwaltung vorgenommen; im Krawtsewski-Betrieb wurde die Gruppenverwaltung des Verbandes auf einer Konferenz gewählt, und zwar 3 Delegierte statt 14, der Rest wurde in der Personalversammlung des Krankenhauses des Distriktszentrums „hinzugewählt“.

Worüber man sich wundern muß, ist die Vermunderung des „Trud“. Diese sonderbare Art von „Demokratie“ ist ja die Grundlage des Sowjetstaates. Die russischen Gewerkschaften wenden nur ganz folgerichtig das System der Diktatur an. Was die Kommunisten freilich nicht hinderlich, außerhalb Rußlands über die Verfestung der Demokratie zu heulmeiern, wenn die Anhänger des Bolschewismus bei Wahlen in den Gewerkschaften durchfallen.

Der Pariser Kongress und die Gewerkschaftsfreiheit.

Im Zusammenhang mit dem Ausgang der Behandlung der Frage der Freiheit der Vereinigung auf der X. Internationalen Arbeitskonferenz hat der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes beschlossen, diese Frage auf dem Internationalen Gewerkschaftskongress als speziellen Punkt zur Behandlung zu bringen. Das Referat wird Jouhaux halten.

Der Niederländische Gewerkschaftsbund veranstaltet zurzeit eine Anzahl sogenannter „Landtage“, die der Vorbereitung der im Herbst (vom 15. Oktober bis 30. November) stattfindenden großen Weltaktion dienen. Im Mittelpunkt dieser verschiedenen Tagungen stehen die Forderungen auf Einführung der gesetzlichen bezahlten Urlaubswoche, der Sicherung und Durchführung des Achtstundentages und der Vermittlung des Mitbestimmungsrechtes.

Bei der Delegiertenwahl im Schuhmacherverband zum Internationalen Kongress der Schuh- und Lederindustriearbeiter in London haben in Berlin die vorgeschlagenen Kandidaten folgende Stimmenzahlen erhalten: Klein (S.D.) 2, Hamacher (S.D.) 188, Fenske (S.D.) 1, Hörh (R.D.) 1293, Welle (S.D.) 8. Das Resultat aus dem Bezirk steht noch aus.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Althoff; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Revue: A. A. Böcher; Soziales und Sonstiges: Fritz Rastbach; Anzeigen: Th. Glöck; sämtlich in Wien. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 6, Lindenstraße 1, Gleis 1, Berlin.

Donnerstag Ausverkauf

Sie müssen es wissen

daß die „Wahrheit in der Reklame“ mein oberster Grundsatz ist. Was in meinen Inseraten steht, ist darauf eingestellt, Ihnen beim Einkauf meine hohe Leistungsfähigkeit zu beweisen.

Seiden - Stoffe	
Palette reine Seide, einfarbig und gemustert	95 Pf.
Künstl. Waschseide moderne Blumenmuster	98 Pf.
Damassé künstl. Seide für Jacken- und Mantelfutter	165
Bastseide reine Seide, aparte Muster	195
Crépe Marocaine doppeltür., schwarz, weiß, einfarb. u. gemustert	275
Taffet-Radium als cm breit, künstl. Seide	295
Mantelseide schwarz, glatt und gemustert	380
Crépe de Chine reine Seide, in modernen hellen Farben	465

Kleider - Stoffe	
Wasch - Mousseline in reicher Musterwahl	39 Pf.
Kleider-Batist in feinen Pastellfarben, doppelt breit	45 Pf.
Voile - Imt. in solider Aus- musterung	48 Pf.
Crépe Marocaine 100 cm breit, schöne Dessins	75 Pf.
Voll-Voile 100 cm breit, mod. Blumenmuster	95 Pf.
Mousseline reine Wollseide, moderne Musterzeichnungen	135
Voll - Voile - Bordüren die elegante Sommer-Neuheit, ca. 125 cm br. praktisch für Mäntel und Kostüme	195
Shetland 100 cm breit, elegant und praktisch für Mäntel und Kostüme	295

Konfektion	
Jumper aus Waschmousseline in ver- schied. Dessins mit Knopfgarnit., kurzer Arm	75 Pf.
Jumper-Blusen aus Woll- Mousseline in gedeck. Must., teils z. Durchkn. Krause in hübschen, hellen Mustern	350
Damen - Lumberjack Krause in hübschen, hellen Mustern	275
Damen - Strandjacke m. Schlingbesatz, Krag. u. Mansch. l. hübsch. Farb. Kragen, Taschen und Gürtel mit Abfarbe	695
Kleider aus gutem Waschmousseline, Kragen, Taschen und Gürtel mit Abfarbe	175
Kleider aus gutem Voll-Voile l. Hübsch, mittelfarb. Dess. m. Voilekragen u. Bandschleife	450
Mäntel shetland- und kascheartige Stoffe, flotte, moderne Formen	650
Mäntel aus reinwoll. Ripse-Popeline mit zeitlicher Blasen- und Traasengarnitur	975

Wäsche - Stoffe	
Hemdentuch 80 cm breit, gute, kräftige Ware Mtr. 88,	48 Pf.
Hemdentuch 80 cm br., gedieg. Qual., für Leib- u. Bettwäsche, Mtr. 85,	68 Pf.
Renforcé 80 cm breit, prima süd- deutsche Qual., Mtr. 1,10,	95 Pf.
Louisianatuch leinenartig, f. Leib- u. Bett- wäsche geeignet, Mtr. 75,	64 Pf.
Lakenstoffe Dawlas, Cratonne, volle Breite Mtr. 1,70,	145
Inlett federleicht, plastr., rotrose ge- str., 100 cm Mtr. 2,45, 80 cm Mtr.	160

Damen Wäsche	
Jumpertailen mit Hohsaum u. Seiden- bandträgern	75 Pf.
Taghemden solide Qualität, mit ver- schiedenen Stickereigarn. aus gutem Stoff, Knieform mit Stickerei-Einsatz	75 Pf.
Beinkleider aus gutem Stoff, Knieform mit Stickerei-Einsatz	75 Pf.
Hemdbeinkleid. aus gutem Stoff, mod. Form mit Stickerei od. Spitzen garn. Kimonoform, mit Stickerei oder Spitzen garniert	165
Nachthemden Kimonoform, mit Stickerei oder Spitzen garniert	250
Garnituren 2teilig, elegant garniert, in sparten Ausführungen	375

Strümpfe	
Dam. - Strümpfe in schwarz u. allen mod. Farben 1,45, 95,	38 Pf.
Dam. - Strümpfe aus künstl. Waschseide 2,95, 1,95,	135
Herr. - Socken in einfarbiger u. Fantasie- Webart 1,10, 75,	35 Pf.
Kind. - Strümpfe u. Söckchen, in grau, mode u. Fantasie 95, 65,	28 Pf.
Strümpfbänd. u. Halter in reizender Farbenpracht 95, 60,	28 Pf.
Strümpfhalt. Gürtel in bewährten Dauerqualitäten 95, 58	48 Pf.

Gardinen	
Gewebt. Tüll für Scheibengardinen Mtr.	38 Pf.
Etamine gestreift, für Scheiben- gardinen Mtr.	30 Pf.
Halbstore Etamine mit Krüppelapitzen und Einsatz	190
Steppdecke Satin mit Trikotfutter	975
Linol. - Teppich dunt gemustert, ca. 150/200	950
Linol. - Vorlage etwa 50/90 cm	95 Pf.



Joseph
Schöneberg, Hauptstraße 183

Beachten Sie bitte die 15 großen **Schaufenster-Auslagen!**
Beginn am 1. Juli

zu diesen sensationell niedrigen Preisen für Qualitätswaren

Vor der Aufklärung eines Mordes?

Internationale Juwelendiebe.

Großes Aufsehen erregte im Juli 1923 ein Juweleneinbruch in der Friedrichstraße 69. Dort waren unbekannt Verbrechen in der Zeit vom Sonnabend, dem 21., bis Montag, dem 23. Juli, in das Juwelengeschäft Rosenthal eingebrochen und hatten Goldwaren und Perlenkolliers im Werte von 20 Milliarden Papiermark, einer damals noch sehr beträchtlichen Summe, erbeutet.

Die Ermittlungen der Kriminalpolizei blieben lange erfolglos. Zurückgelassen hatten die Verbrechen ihr Werkzeug mit englischem Stempel. Die Spur ließ auf eine internationale Bande schließen, die Annahme hat sich jetzt als richtig erwiesen. Im November 1925 wurde bei einem Juwelier in Brüssel ein Einbruch verübt. Die Brüsseler Polizei fragte in Berlin an, ob hier ein Mördler Mesz bekannt sei. Das war nicht der Fall. Im Februar 1926 wurde dann in der Friedrichstraße 6 in die Diamantenregie eingebrochen. Die Täter, zwei internationale Verbrechen, wurden in einem Max Bloch und einem Mann, der sich Selig Guttman nannte, gefasst und zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt. Kriminalkommissar Trettin befahnte sich eingehender mit Bloch und Guttman, und der Erkennungsdienst fotografierte sie. Die Abdrücke wurden an die ausländischen Kriminalbehörden versandt. Da kam aus Warschau die Antwort, daß Guttman identisch sei mit einem Mörder Mesz. Trettin erinnerte sich der Anfrage aus Brüssel und nahm Guttman ins Gebet. Nach längerem Leugnen gab er zu, daß er Mesz sei und den Namen Guttman führe, weil er gefast werde. Weiter ergab sich, daß Mesz mit einer Gesellschaft in der Grenadierstraße in Verbindung gestanden hatte. Es wurden Berliner Einbrecher ermittelt, die ein „Röschke 1“ für einen großen Juweleneinbruch

zu gewinnen versucht hatte. Dies war Mesz gewesen. Die Berliner hatten abgelehnt, weil das „Ding“ zu gewagt schien. Nun wurde festgestellt, daß sich der Portier Friedrichstraße 69 öfter mit Mesz getroffen hatte. Dieser bestritt aber nach wie vor. Endlich gab er zu, daß er die Einbrecher kenne. Es seien der „Einbrecherkönig von Lodz“ Mannelle, ein gewisser Bertal und ein Czubermann, beide ebenfalls Polen.

Mesz selbst hatte das Unternehmen eingeleitet. Den „Tip“ gab ihm ein Juwelier Schaffer aus dem Westen Berlins, der mit Rosenthal in Verbindung stand. Schaffer hatte bei geschäftlichen Besuchen den Bestand bei Rosenthal abgesehen und sich an Mesz gewandt, daß er Einbrecher besorge. Mesz gewann Bertal und Czubermann, die von London nach Berlin kamen und die Werkzeuge aus London kommen ließen. Mesz erkrankte und konnte deshalb nicht aktiv mitwirken. Die beiden anderen brachten die Riesenbeute nach seiner Wohnung und gaben ihm einen Teil als Schweigegeld. Für den Hauptteil zahlte ihnen ein polnischer Händler 3500 Dollar. Dieser verkaufte die Beute an Schaffer, der durch die Anstiftung und Hehlerei jetzt in Erpreßhände geriet, so daß er sein Geschäft aufgeben mußte. Schaffer wohnte seitdem in der Straßburger Straße, bis er im Juli 1925 verschwand. Am 31. Juli wurde er am Kälberwerder als Leiche aus der Havel gefischt. Seine Angehörigen vermuten, daß er das Opfer eines Verbrechens geworden sei. Der Kriminalpolizei liegt daran, über seine letzte Lebenszeit näheres zu erfahren. So wird auch eine Dame, die ihn am Tage vor seinem Verschwinden in der Straßburger Straße besucht hat, gebeten, sich bei Kriminalkommissar Trettin zu melden. Bertal und Czubermann halten sich zurzeit in Nordafrika auf.

Treiben zog sich monatelang hin, bis jetzt die Polizei eingriff. Der Hauptmann ist nun unter Zurücklassung seiner Familie und einer großen Schuldenlast verschwunden. Meyer ist zuletzt im Spielball in Joppot gesehen worden. Es wird ein Haftbefehl gegen den Flüchtigen erlassen.

Noch keine Klärung des Steglitzer Mordes.

Zu der Tragödie in Steglitz wird mitgeteilt, daß die von den Kommissaren Lipik und Erdmann geleiteten Ermittlungen noch nicht abgeschlossen sind. Einige Widersprüche bleiben auch noch zu klären. Die Eltern des jungen Scheller wurden bereits vernommen, können aber nichts Wesentliches befehlen. Sie hatten von anders gearteten Neigungen ihres Sohnes keine Ahnung und glauben auch nicht daran. Ebeniowenig wußten sie, daß Hildegard etwa mehr als freundschaftliche Beziehungen zu Stephan unterhielt. Eine Pistole haben die Eltern und die Schwester bei Günther niemals gesehen. Sein Taschengeld war auch nicht so hoch, daß er sich davon eine Pistole hätte kaufen können. Zeugen befehlen dagegen, daß der Primaner Kranz eine Pistole befehlen hat. Bei einer Lokalbefichtigung wurde gestern festgestellt, daß ein Schuh durch die Küchentür abgegeben worden ist. Nach Lage der Sache und dem Stande der Ermittlungen ist anzunehmen, daß Günther Scheller, als er die Wohnung noch einmal verließ, diesen Gang benutzt hat, um die Pistole des Kranz zu holen. Wo dieser sie hatte, weiß man noch nicht. Kranz bestritt zwar, eine Schusswaffe befehlen zu haben, er wußte aber, daß sein Freund Günther dem Stephan einen „Dentzettel“ verabreichen wollte und ist dringend verdächtig, ihm dazu die Pistole verschafft zu haben. Der Schuh durch die Küchentür ist sicher ein Probebeschuß gewesen. Kranz wird unter dem Verdacht der Beihilfe dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden. Hildegard Scheller, die sich auch noch auf dem Polizeipräsidium befindet, wird man wieder ihren Eltern übergeben.

Hausdiebstähle bei der UCB. Wegen fortgesetzter Diebstähle wurde ein 55 Jahre alter Angestellter der UCB, namens Paul Röschke, der seit Jahren eine Vertrauensstellung befehlte, von der Kriminalpolizei festgenommen. Röschke trat schon vor 32 Jahren als junger Man bei der Firma ein und kam infolge seiner Tüchtigkeit rasch vorwärts und hatte zuletzt den verantwortungsvollen Posten eines Lagerverwalters inne. Nach den bisherigen Ermittlungen hat Röschke, der gesund ist, im Laufe der Zeit für etwa 15000 bis 20000 Mark Material entwendet.

Reichsbanneraufnahmen in der „Filmischen Wochenchau“. Das Reichsbanner ist nicht gerade verwöhnt, bei der Bildberichterstattung der Filmgesellschaften erwähnt zu werden. Eine bemerkenswerte Ausnahme macht die Dpelt Filmgesellschaft, die von dem Gautreffen des Reichsbanners in Stettin berichtet hat. In ihrer neuesten „Wochenchau“ zeigt sie Aufnahmen von der Ehrenwache des Reichsbanners an der Nordstraße des Reichsbanners in der Königsallee. Auch von der Gedenkfeier am Grabe Walter Rathenaus werden Aufnahmen gezeigt. Von dem Gautreffen des Reichsbanners in Frankfurt a. d. O. sieht man den Borselmarch des Reichsbanners vor dem Oberpräsidenten Hörsing und Bilder von der Ansprache des Abg. Wels im Stadion.

Nachwahlen im Freidenkerverband, 3. Bezirk Wedding. Am Freitag, dem 1. Juli 1927, 19 Uhr, finden in den Baracken, Müllerstraße, die Wahlen zur Unterbezirksleitung resp. Bezirksgeneralversammlungsbefugten statt. Die Wahlverordnungen werden in der dazu festgesetzten Versammlung entgegengenommen. Das Wahlbüchlein ist zur Abholung vorzulegen. Mitglieder, welche mit den Beiträgen über drei Monate im Rückstand sind, haben kein Wahlrecht. Für die korrekte Durchführung der Wahl ist der Kontrollapparat entsprechend eingerichtet. Jedes Mitglied muß seine Wahlberechtigung erklären.

Tagestreich in der Sollen-Ansicht der Firma S. Joseph, Ein-Schneeberg, Hauptstraße 1, Lt. Grunowstraße. Während dieser Zeit gelangen große Rollen Straßen-, Sport- und Gefäßputzmittel, sowie Stoff-, Gummi- und Bodenmatten, nach neuester Modart verarbeitet, zu bedeutend herabgesetzten Preisen zum Verkauf. Es verliere niemand, von dieser kaum wiederkehrenden Einkaufsmöglichkeit Gebrauch zu machen.

Selbstmordversuch eines Dozenten.

Verhinderung wegen Verletzungen an Minderjährigen.

In seiner Wohnung in der Dortmundstraße wurde der 53jährige Privatdozent Dr. F. von seinen Freunden bewußtlos aufgefunden. F. hatte sich in selbstmörderischer Absicht mit einem Rasiermesser schwere Verletzungen an beiden Unterarmen und am Kopf beibringt. Dr. F. wurde sofort nach dem Virchow-Krankenhaus gebracht. Ueber die Gründe zu dem Verweilungsstadium wird folgendes bekannt:

Vor einiger Zeit wurde von dem Mieter eines Hauses in der Dortmundstraße im neuen Hansaviertel gegen den Berliner Privatdozenten Dr. F., der im Parterre des Hauses eine größere Wohnung hat, bei der Polizei Anzeige erstattet, weil sich F. angeblich sittliche Verletzungen gegen seine 13jährige Tochter hatte zuschulden kommen lassen. Der Beireffende hatte seine Tochter zu Dr. F. geschickt, um ein entliehenes Buch abzuliefern. Dr. Privatdozent soll nun, nach den Angaben des Mädchens, sie in die Wohnung gezogen und unsittlich berührt haben. Weiterhin wurden mehrere Fälle bekannt, die allerdings schon bis zu zwei Jahren zurückliegen. Dr. F. soll sich an einigen Mädchen, die jetzt im Alter von 15 Jahren stehen, in ähnlicher Weise vergangen haben. Dr. F. leugnete bei seiner Vernehmung alles ab, obgleich einige Mädchen, deren Angaben die Polizei sehr vorsichtig gegenübersteht, bei ihren Beschuldigungen bleiben. In der darauffolgenden Nacht erlitt Dr. F. über die gegen ihn erhobenen schweren Verbrechen einen Nervenzusammenbruch, so daß er beschloß, freiwillig aus dem Leben zu scheiden. In hinterlassenen Briefen beteuerte er nochmals seine Unschuld. — Jedenfalls haben auch die bisherigen polizeilichen Ermittlungen noch keinen positiven Anhalt für seine Schuld ergeben.

Falschgeldverreiber in den Laubenkolonien.

Auf den Sommerfesten, die in den Laubenkolonien in der südlichen Umgebung Berlins veranstaltet wurden, tauchten in der letzten Zeit wiederholt gefälschte Zweimarkstücke auf. So fand man bei einem Kinderfest in der Kolonie „Weißer Stern“ zu Neukölln beim Kaffeetrinken nicht weniger als 10 Stücke. Die Inhaber der Verkaufstände konnten sich in keinem Falle erinnern, wer ihnen die Falschstücke in Zahlung gegeben hatte. Die Beamten der Reichsbankfalschgeldabteilung ermittelten aber trotzdem zwei der Betreiber und nahmen sie fest, einen früheren Schuh-

macher Karl Leutner und einen Rentenempfänger Willi Schewe. Ihnen konnte der Vertrieb in der Kolonie „Weißer Stern“ einwandfrei nachgewiesen werden. Zusammen mit einem Kaufmann D. hatte Schewe eine Fälschwerkstatt für Zweimarkstücke betrieben. Wer mit ihnen zu tun gehabt hat, wird gebeten, sich bei Kriminalkommissar von Liebermann in der Alten Leipziger Straße 16 zu melden.

Großer Dachstuhlbrand in einem Bureauhaus.

Die Berliner Feuerwehr wurde heute früh 5 Uhr nach der Mittelstr. 45/46 alarmiert, wo in dem Dachstuhl des „Bureauhauses Jollernhof“ Feuer ausgebrochen war. Das Feuer mußte bereits längere Zeit geschwelt haben, denn als es von Straßenspassanten bemerkt wurde, versprangen laut klirrend die Scheiben der Bodenluchten und hohe Flammengarben schossen hervor. Von fünf verschiedenen Stellen wurde die Feuerwehr zu gleicher Zeit gerufen. Als der erste und zweite Löschzug an der Brandstätte eintrafen, brannte der etwa 40 Meter lange Dachstuhl in ganzer Ausdehnung lichterloh. Auf III. Alarm, d. h. „Großfeuer“, rückten nacheinander drei weitere Züge zur Hilfeleistung unter Leitung des Oberbranddirektors Gemp an. Das Feuer wurde von vier Seiten über die Treppenhäuser, von den Nachbarhäusern aus und über eine mechanische Leiter mit fünf Schlauchleitungen großen Kalibers angegriffen. Die Mannschaften hatten unter großer Hitze und einer außergewöhnlich starken Rauchentwicklung zu leiden. Erst nach ziemlich zweifündiger angelegter Tätigkeit war die Hauptgefahr beseitigt. Die Lösch- und Räumarbeiten zogen sich bis in die elfte Vormittagsstunde hin.

Un's Bezahlen dachte er nicht!

Vor Jahresfrist zog zu der Tochter des verstorbenen Geheimen Kabinettsrats des früheren Kaisers, von Lufanus, Fräulein von Lufanus, Karstr. 2 in Potsdam, der in Süddeutschland als Herrenreiter sehr bekannte Hauptmann a. D. Horst August Meyer-Rülens aus Wiesbaden zu. Hauptmann Meyer mietete sich die drei elegantesten Zimmer von Fräulein von Lufanus und bald nach seinem Einzug kamen die Potsdamer Lieferanten mit Waren zu Meyer. Der Hauptmann traf seine Auswahl, aber ans Bezahlen dachte er nicht. Der Name von Lufanus an der Tür wiegte die Potsdamer Geschäftswelt in Sicherheit. In Wirklichkeit verkaufte der Hauptmann schon am nächsten Tage die gelieferten Sachen bzw. er verfehlte sie bei der Potsdamer Pfandleihe. Dieses

Bevor Sie Tapeten kaufen!

müssen Sie die Ausstellung der Tapeten-Spezialfirma

Tapeten-Stahlke
Lindower Straße 5

im Ringbahnbogen am Ausgang Bahnhof Wedding, Untergrundbahn-Station Wedding gesehen haben.

4 Schaufenster lichbeständige Tapeten mit billigen Engrospreisen überzeugen.

Durch wasserdichten Engrosbezug 40% Ersparnis! — Der weiteste Weg lohnt!

Wospeist man auf u. billig? Nur **Groß-Berlin** Alexanderplatz

Krause-Pianos zur Miete

W76, Ansehcherstr. 1



Saison-Ausverkauf

Vom 1.-9. Juli

Keine für den Ausverkauf angefertigte Ware, sondern nur die anerkannt gute **Leineweber-Kleidung** gelangt zum Verkauf.

Leineweber

Berlin C, Köllnischer Fischmarkt 4-6

Im Kampfe um den Prophetentum. Gegen Herrn Josef Weihenberg, dessen eigenartige Kirchengründung und kanonengepflanzte schwarzweisse dekorative Siedlung unserer Lejern wohl noch aus dem Aufzuge: „Die Kanoniker“ in Erinnerung ist, schwebt ein Zivilprozess, den Herr W. h. angeht, hat dessen Ehefrau als Anhängerin des Propheten in religiösen Wahnsinn verfallen war. Von Gerichtsseite waren Gutachten eingefordert worden, die die Herren Ollendorf, Oberarzt Dr. Blume-Wittenau und Dr. Panse-Wittenau eingebracht haben, denen noch ein Obergutachten von Kreisarzt Sanitätsrat Dr. Krämer zugelegt wurde. Die in den Gutachten niedergelegten Anschauungen der Verze scheinen nun dem „Propheten“ nicht sympathisch zu sein, denn bei der stattgefundenen Verhandlung vor der Zivilkammer 42 des Landgerichts erklärte sein Anwalt, daß er sämtliche Gutachter ablehne. Er teilte auch mit, daß Weihenberg gegen den Kreisarzt Dr. Krämer eine Beleidigungsklage eingereicht habe. Das Gericht entschied nach kurzer Beratung, daß die Ablehnung der Gutachter nicht Folge gegeben werden könne, da eine Glaubhaftmachung der Ablehnung nicht beigebracht sei. Der Weihen-

berg-Anwalt erklärte, sofortige Beschlüsse einzulegen, so daß ein neuer Termin angelegt werden müßte; gleichzeitig wurde aber der Prozeß als Feriensache erklärt.

Bootsunglück auf dem Rummelsburger See. Auf dem Rummelsburger See kenterte gestern nacht gegen 1/1 Uhr ein mit zwei Personen besetztes Paddelboot. Während der 19jährige Mechaniker Erwin Grund aus der Rigaer Straße auf die Hilfe rief durch Anlassen eines vorüberfahrenden Motorbootes gerettet werden konnte, fand seine Begleiterin, eine 18jährige Elise Liebau aus der Jorndorfer Str. 27, den Tod. Ihre Leiche konnte noch nicht geborgen werden. Fräulein L. wollte ein enigmaten Paddel aufgreifen, wobei das Boot kenterte und beide ins Wasser stürzten.

Fahnenweihe in Panow. Sonntag, den 3. Juli, findet aus Anlaß einer der letzten Berliner Fahnenweihe eine große republikanische Kundgebung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in Panow statt. Als Festredner hat Ministerpräsident a. D. Stelling bereits zugefagt. Am Anluß an den Festakt findet in Lindners Konzerthaus und im Bürgerpark ein republikanisches Volksfest statt.

44 Arbeiter an Fleischvergiftung erkrankt.

Wie aus Hall bei Innsbruck gemeldet wird, erkrankten nach dem Genuß von Fleischhahchee eine große Anzahl von Arbeitern, die an der Straße Innsbruck-Hall mit Kabellegen beschäftigt sind. Mehrere Arbeiter sanken bewußtlos an der Arbeitsstelle um und 44 von ihnen mußten im Laufe des Abends und der Nacht in das Krankenhaus eingeliefert werden. Zahlreiche andere befinden sich in Privatpflege. Die nichterkrankten Arbeiter waren über den Vorfall sehr aufgebracht und es kam zu Demonstrationen gegen den Benachteiligten, die zu Tätlichkeiten ausgeartet wären, wenn nicht die Gendarmerie rechtzeitig eingeschritten wäre.

Die Diebe des rosaroten Diamanten von Chantilly, Käufer und Suter, sind vom Gericht von Beauvais zu 10 und 8 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Die Hehlerin Schill, die verschiedentlich gleichzeitig entwundene Juwelen zu einem lächerlichen Preise erstanden hatte, wurde zu 5 Jahren Gefängnis und 55 000 Franken Geldstrafe verurteilt.

Hinaus mit der Ware um jeden Preis!

SAISON-AUSVERKAUF

Runter mit den Preisen! Raus damit!

- Rein Mako** 80 cm br., eleg. Damenwäsche, jetzt . 98, 88, **72 Pf.**
- Poliertücher** gelb, kräftige Qual., jetzt . 33, 24, 18, **10 Pf.**
- Küchenhandtücher** gestreift, o. Gerstenk., jetzt 48, 36, **25 Pf.**
- Kaffeetischdecken** jetzt 195, 125, 98, 78, **58 Pf.**
- Bettlaken** rohweiß ohne Naht, volle Größe, jetzt 2.- **1.75**
- Bettlaken** aus starkl. Haustuch 140x200, jetzt **2.80**
- Deckbett** volle Größe, kräft. Qual., jetzt 4.50, 3.60, **3.25**
- Kopfkissen** 80x80 zum Knöpfen, jetzt 1.45, 1.10, **78 Pf.**
- Linon** starkfädig, 130 cm breit, 1.65, 1.35, 1.10, **89 Pf.**
- Linon** starkfädig, 80 cm breit, 95, 85, 68, **54 Pf.**
- Rohnessel** ca. 80 cm br., beste Qual., jetzt 38, 48, **39 Pf.**
- Voll-Voile** 100 cm br. große, mod. Blumenmuster, jetzt 2.75, **1.95**

- Waschmusseline** lebh. mod. Muster, ca. 80 cm breit, jetzt Mtr. 95, 78, 68, 48, **38 Pf.**
- Wollmusseline** ca. 80 cm br., dezente Ausmuster., jetzt Mtr. 1.95, 1.45, 1.25, **95 Pf.**
- Voile, imitiert** dopp. breit, große Fantasieimit., jetzt Meter . 68, **48 Pf.**
- Voll-Voile** solide Muster in großer Auswahl, jetzt Mtr. 1.95, 1.45, **78 Pf.**
- Bordüren-Voile** mit hoher Bordüre, ca. 130 cm breit, jetzt Mtr. 3.95, 2.95, **1.95**

- Damen-Konfektion**
- Mäntel f. Damen** reinwoil. Rips u. mod. Fant.-St., jetzt 12.50, 9.50, **3.90**
- Damen-Mäntel** l. mod. schwarz. Seid.-u. Ripsst., jetzt 19.50, 12.50, **9.50**
- Kleider** aus gut. Zephir- u. Musseline-Stoffen, jetzt 2.95, 1.95, **1.45**
- Kleider** aus Waschs., neueste Must. u. Verarb., jetzt 9.50, 6.95, 3.95, **2.45**
- Kleider** a. gut. Voile, ap. Must. z. Teil m. lg. Aerm., jetzt 9.50, 6.95, **2.95**
- Kostüm-Röcke** a. Strapazier- u. mod. karierten Stoff, jetzt 1.45, **95 Pf.**
- Kostüm-Röcke** a. reinw. Kasha, Gabard. u. Chev., jetzt 6.95, 4.95, **2.95**
- Damen-Kostüme** a. reinwoil. St. ganz a. Part., jetzt 29.50, 19.50, 14.70, 9.75, **9.50**
- Reinw. Kleider** z. T. Modellgenre, jetzt 20.50, 19.50, 14.70, 9.75, **6.95**
- Russenkittel u. -Kleidchen** aus gutem Waschstoff, jetzt 1.95, 0.95, **50 Pf.**
- Kasaks** gem. Stoffe u. Waschmuss., jetzt 1.50, 95, **48 Pf.**

- Bastseide** reine Seide, naturfarbig, 80 oder 70 cm breit, jetzt 2.45, 2.25, 1.95, 1.75, **1.50**
- Waschseide** Kunstseide, herrliche Farben, großgeblümt od. Karo, jetzt 1.45, 1.25, 95, **68 Pf.**
- Faconne** Kunst-Seide, in sich gemustert, entzückende Abendfarben, jetzt 1.45, 1.25, **88 Pf.**
- Wasch-Crepp-Schotten** flotte Karos, jetzt . . . 95, **85 Pf.**
- Waschseidene Bordüren** K.-Seide m. hoch. Bord., 120 cm breit, jetzt 3.95, 2.95, **2.25**

- Renforce** 80 cm breit, weiche, feinfädige Qualität, jetzt . . . 78, 68, **52 Pf.**
- Trägerhemd** für Damen, mit Söckerei, . . . jetzt **88 Pf.**
- Linon-Taschentücher** glatt weiß, jetzt **95 Pf.**
- Damenstrümpfe** Kunstseide u. Seidenfior, jetzt **78 Pf.**
- Herrensocken** grau . . . jetzt **28 Pf.**
- Damenstrümpfe** Doppelsohle, Hochferse, jetzt **48 Pf.**
- Pullover** neue Farben . . . jetzt **2.25**
- Einsatzhemden** mit Ripsbrust, jetzt **1.65**
- Hosen** macofarbig . . . jetzt **1.45**
- Schlüpfer** feinfarbig . . . jetzt **78 Pf.**
- Hemdosen** Kunstseide, m. Spitze, jetzt **1.85**
- Rohnessel** starkfäd., für Bettwäsche, 140/130 br., jetzt . 1.10, 90, **82 Pf.**

- Halbstores** Etamine, mit Einsatz und Spitzen, jetzt . . . 2.75, 1.95, 1.20, **85 Pf.**
- Diwandecke** in Blumen- u. Perser-Muster, jetzt . . . 11.50, 10.50, 8.75, 6.90, **4.95**
- Wachstuchreste** 100 cm br., jetzt 1.45, **95 Pf.**
- Bettdecken** zweifädig, in verschiedenen Ausführungen, jetzt 11.50, 9.75, 7.50, **5.75**

- Büstenhalter** gut. Waschestoff, jetzt **28 Pf.**
- Hüfthalter** jetzt . . . 1.95, **1.25**
- Untertaillen** lange Form, m. Spitze, jetzt **48 Pf.**
- Hemd hose** weiß, mit Einsatz, jetzt . . . **1.25**

NEUKOLLN-HERMANNSTR. 210

Hernfeld

- Gr. Posten Stickereien** m. Klein. Fehlt. bis 10 cm br., jetzt Serie I 12, Serie II 24, Serie III **32 Pf.**
- Spitzen- u. Strickerel-Träger** für Wäsche, Serie I 8, Serie II 12, Serie III **18 Pf.**
- Hemdpassen** jetzt Serie I 12 Pf., Ser. II 25 Pf., Ser. III **38 Pf.**
- Einzelne Westen, Jabots, Kragen** etwas gedrückt, jetzt Serie I 25, Serie II **50 Pf.**

- Oberhemden** Perkal, hübsche Muster, jetzt . . . **2.95**
- Selbstbinder** mod. Farben, jetzt 68, **38 Pf.**
- Selbstbinder** reine Seide, jetzt 1.45, **85 Pf.**
- Berufs-Kittel** schwarz Satin, für Damen, jetzt . . . **5.75**

Saison-Ausverkauf

Beginn 1. Juli Bekannt gute Qualitäten zu rücksichtslos herabgesetzten Preisen! Beginn 1. Juli

- Herren-Anzüge** halbhare Stoffe, einzelne Größen, jetzt 24.- **1950**
- Herren-Anzüge** moderne Farben und Formen, . . . jetzt **2950**
- Herren-Anzüge** Cheviot-Stoffe hell und dunkel, . . . jetzt **3800**
- Herren-Anzüge** gabardinartige Stoffe, . . . jetzt 50.- **4800**
- Herren-Anzüge** Kammgarn und Gabard., blau u. farb., jetzt 80.-, 74.-, **6500**
- Sport-Anzüge** strapazierfähig, mit langer oder kurzer Hose, . . . jetzt **2950**
- Sport-Anzüge** mod. Stoffe u. Verarbeitung, . . . jetzt **3900**
- Sport-Anzüge** gabardinart. od. Cheviot-Stoffe mit 2 Hosens, jetzt 68.-, 56.-, **4800**
- Manchester-Anzüge** halb gab. Ware 43.-, 38.-, 32.-, **2600**
- Loden-Anzüge** „Imprägniert“, versch. Farben 48.-, 42.-, 38.-, **2800**
- Herren-Mäntel** Schlüpfer- u. Ulster-Form, gabardinart. Stoffe, . . . jetzt **2400**
- Herren-Mäntel** moderne Stoffe und Farben, jetzt 52.- 45.-, **3600**
- Herren-Mäntel** Gabard. Stoffe, zersetzte Machart, jetzt 85.-, 74.- 65.-, **5800**
- Herren-Paletots** Marengo und Overcoatstoff, jetzt 69.- 56.- 48.-, **3900**
- Loden-Mäntel** „Imprägniert“, mod. Formen, jetzt 32.- 26.- 19.-, **1450**
- Gummi-Mäntel** in Gummierung, versch. Stoffe, . . . jetzt 29.- 24.- 18.- 14.50, **990**
- Windjacken** „Imprägniert“, versch. Stoffe und Formen, . . . jetzt 21.- 18.- 14.- 10.50, **750**
- Hosen** gestreift u. Broches, jetzt 21.- 18.- 16.- 12.- 9.50 7.50 5.50, **325**
- Hosen** Wellflanell, moderne Farben, . . . jetzt 24.- 21.- 18.-, **1475**
- Knaben-Waschanzüge** . . . jetzt von **2.95**
- Knaben-Stoffanzüge** . . . jetzt von **6.95**
- Nur während des Ausverkaufs!** Kontr. Maßanzüge m. 1 Ansp. Weill. Qual. Mod. Farben **98.00 8500**
- Welt unter Preis!** Lederjacken braun u. schwarz . . . 75.- 68.- **5600**
- Winter-Ulster u. Paletots** Flansch- und Cheviot-Qualitäten 78.- 65.- 52.- **39.-**
- Lüster-Sakkos** 7⁹⁰ an **3⁹⁰ an**
- Loden-Joppen** 7⁹⁰ an **9⁷⁵ an**

S. Joseph, Schöneberg, Hauptstraße 1 Ecke Grunewald-Straße

SAISON-AUSVERKAUF

Beginn 1. Juli

Wirklich billige und preiswerte Angebote für den Herrn!

Einige Beispiele:

Strassen-Anzüge 25.- 29.- 36.- 49.- 54.- 59.- 69.- 79.-

Ulster und Paletots . . . 29.- 34.- 39.- 49.- 59.- 69.-

Beinkleider . . . 3.- 4.90 5.50 7.50 9.50 12.-

Regenmäntel 12.- 13.- 16.- 17.50 22.50 28.- 34.-

Sport-Anzug . . . 34.- 39.- 45.- 49.- 59.- 69.-

Windjacken . . . 6.- 8.- 10.- 12.- 16.- 18.- 22.-

Breeches . . . 6.- 8.- 10.- 14.- 16.- 18.- 22.-

Lodenmäntel . . . 21.- 25.- 27.- 29.- 32.- 36.- 40.-

M. Schulmeister

Kottbuser Tor